

Fertilität, Familienpolitik und Wohlfahrtsregime

Elina Schleutker

Zusammenfassung: Dieser Beitrag wurde durch die zahlreichen Übereinstimmungen zwischen der genderspezifischen Wohlfahrtsstaatsforschung und der Bevölkerungsforschung im Bezug auf die Determinanten der Fertilität angeregt. Der erste Teil dieses Beitrages befasst sich mit einer Reihe von Reproduktionstheorien vor dem Hintergrund der These des genderspezifischen Wohlfahrtsstaates. Eine zentrale Parallele zwischen diesen beiden Theorien ist die Tatsache, dass bei der Analyse von *Work-Life-Choices* schwerpunktmäßig eine Politik untersucht wird, die eine Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermöglicht. Folglich nimmt man an, dass sich die informelle Betreuung nachteilig auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf auswirkt, ebenso wie man von homogenen Präferenzen seitens der Frauen ausgeht, also voraussetzt, dass alle Frauen Beruf und Familie miteinander verbinden wollen. Dieser Ansatz trägt jedoch der informellen Betreuung sowie der Heterogenität der Frauen nicht genügend Rechnung, weder im Hinblick auf ihre Präferenzen noch in Bezug auf ihr Verhalten. Um diese Lücken zu schließen, wird im zweiten Teil dieses Beitrages ein neuer Rahmen zur Analyse der *Work-Life-Choices* von Frauen ausgearbeitet. Der vorgestellte Analyserahmen legt ein besonderes Augenmerk auf die Art und Weise der Förderung oder Durchsetzung formeller sowie informeller Betreuungsformen in verschiedenen Wohlfahrtsstaaten, ebenso wie auf die Auswirkungen einer solchen Förderung auf die Entscheidungen der Frauen. Ein weiterer Schwerpunkt liegt außerdem auf der Heterogenität der Frauen, sowohl im Hinblick auf ihre Präferenzen als auch in Bezug auf ihr Verhalten. Das Hauptargument besagt, dass sich die heterogenen Präferenzen von Frauen in verschiedenen Wohlfahrtsstaatstypen auf unterschiedliche Weise zu unterschiedlichen Lebensverlaufsstrategien (in puncto Beruf und Familie) hinentwickeln, da die jeweiligen Lebensstilstrategien durch die Familienpolitik in unterschiedlichem Maß gefördert oder verhindert werden. Infolgedessen differieren die Zahlen der Frauen, die sich für eine bestimmte Strategie entscheiden, ebenso wie die Fertilitätsniveaus zwischen den Wohlfahrtsstaaten. Außerdem wird angenommen, dass sich die Haushaltsressourcen auf die Entscheidungen auswirken. Die vorgebrachte These wird anhand aktueller Daten zur Familienpolitik, zu Beschäftigungsmustern sowie zur Fertilität von Frauen in den sozialdemokratischen (Dänemark, Finnland, Norwegen, Schweden), konservativen (Österreich, Belgien, Frankreich, Deutschland, Griechenland, Italien, die Niederlande, Portugal, Spanien) sowie den liberalen Wohlfahrtsstaaten (Australien, Kanada,

Irland, GB und die USA) aufgezeigt. Darüber hinaus beinhaltet dieser Beitrag eine Neuinterpretation der Ergebnisse in Bezug auf die Zusammenhänge zwischen der Familienpolitik und der Erwerbstätigkeit sowie Fertilität von Frauen vor dem Hintergrund des hierin vorgestellten Rahmens.

Schlagwörter: Fertilität · Familienpolitik · Präferenzen

1 Einleitung

Aus Sicht der Wohlfahrtsstaatsforschung fällt bei einem kurzen Blick auf die zusammengefassten Geburtenziffern (TFR) in den Industrieländern wohl die frappierende Ähnlichkeit zwischen dem Wohlfahrtsregimetyyp und dem Periodenfertilitätsniveau ins Auge: So bewegte sich die Fertilität in den liberalen und sozialdemokratischen Regimen von 1990-2010 im Allgemeinen auf einem relativ hohen Niveau (1,7-2,1), während die konservativen Regime mit einer niedrigen Fertilität (unter 1,5) oder gar einer äußerst niedrigen Fertilität (unter 1,3) zu kämpfen hatten.¹ Es gibt jedoch einige Ausnahmen von dieser Grundregel. Vor allem in Kanada waren die Geburtenziffern etwas niedriger als in den anderen liberalen Ländern. In Belgien, Frankreich und den Niederlanden erreichte die TFR lediglich ein etwas geringeres oder identisches Niveau wie in den liberalen und sozialdemokratischen Ländern, während die Geburtenziffern in Schweden schließlich extremen Schwankungen unterlagen und sich zeitweise dem Grenzwert von 1,5 näherten (OECD 2012).

Angesichts der Parallelen zwischen Wohlfahrtsstaatstyp und Fertilitätsniveau überrascht es nicht, dass sich zahlreiche Experten auf dem Gebiet der genderspezifischen² Wohlfahrtsstaatsforschung mit den potentiellen Zusammenhängen zwischen bestimmten Wohlfahrtssystemen und dem Fertilitätsniveau befassen (z.B. Esping-Andersen 1999; Bettio/Plantenga 2004; De Henau et al. 2006; Fagnani 2007). In den letzten Jahrzehnten haben außerdem immer mehr Demografen die Auswirkungen der Familienpolitik auf das Fertilitätsniveau untersucht (vgl. Abschnitt 3). Die Frage, ob und wie sich die Familienpolitik auf die Geburtenziffern auswirken kann, ist natürlich ebenso von Interesse für die Entscheidungsträger zahlreicher Länder, die angesichts einer Fertilität unterhalb des Bestandserhaltungsniveaus (UN 2010: 7) besorgt sind und Maßnahmen zur Ankurbelung der Reproduktion einleiten wollen (in Bezug auf Deutschland: vgl. Henninger et al. 2008). Doch trotz der umfangreichen Diskussion dieses Themas sind hinsichtlich der Zusammenhänge zwischen Familienpolitik und Fertilität immer noch eine Reihe von Fragen offen (Gauthier 2007; Neyer 2011).

¹ Eine Aufstellung der Länder, die den einzelnen Clustern zuzuordnen sind, findet sich in Abschnitt 4.1.

² Die Begriffe „genderspezifisch“ und „feministisch“ werden in diesem Zusammenhang synonym verwendet.

In der gegenwärtigen Diskussion behaupten sowohl Wohlfahrtsstaatsforscher als auch Demografen, dass eine großzügige Familienpolitik, die die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermöglicht, die Patentlösung für eine hohe Fertilität sei (vgl. Abschnitt 2 und 3). Dieser Ansatz lässt jedoch zwei wichtige Punkte unbeachtet: Erstens haben Frauen heterogene Präferenzen, die von einer Familienorientierung bis hin zu einer Berufsorientierung reichen, und Frauen mit unterschiedlichen Präferenzen reagieren unterschiedlich auf verschiedene sozialpolitische Maßnahmen (*Hakim* 1998, 2000, 2002, 2003a/b). Zweitens werden infolge der schwerpunktmäßigen Analyse einer Politik, die die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermöglicht, weder die Bedeutung der informellen Betreuung noch deren unterschiedliche Förderung in den einzelnen Wohlfahrtsstaaten oder die umfangreichen Veränderungen in diesem Bereich berücksichtigt (*Pfau-Effinger* 2004, 2005).

Dieser Beitrag konzentriert sich auf die Zusammenhänge zwischen Familienpolitik und Fertilität und verfolgt zwei Ziele. Da die zahlreichen Parallelen zwischen der genderspezifischen Wohlfahrtsstaatsforschung und der Fertilitätsforschung einen Vergleich zwischen diesen beiden Gebieten nahelegen, befasst sich dieser Beitrag nach einer kurzen Zusammenfassung der genderspezifischen Wohlfahrtsstaatstheorien (Abschnitt 2) zunächst mit der Frage, welche Erkenntnisse Demografen aus der genderspezifischen Wohlfahrtsstaatsforschung ziehen können (Abschnitt 3). Anschließend wird ein Vorschlag präsentiert, um die Präferenztheorie nach *Hakim* und die feministische Analyse des Wohlfahrtsstaates in einem neuen Analyserahmen miteinander zu kombinieren (Abschnitt 4). Das in diesem Beitrag angeführte Hauptargument besagt, dass sich die heterogenen Präferenzen von Frauen in verschiedenen Wohlfahrtsstaatstypen auf unterschiedliche Weise zu unterschiedlichen Lebensverlaufsstrategien (in puncto Beruf und Familie) hinentwickeln, da die jeweiligen Lebensstilstrategien durch die Familienpolitik in unterschiedlichem Maß gefördert oder verhindert werden und darüber hinaus dem Einfluss der Haushaltsressourcen unterliegen. Infolgedessen differieren die Zahlen der Frauen, die sich für eine bestimmte Strategie entscheiden, sowie die Fertilitätsniveaus zwischen den Wohlfahrtsstaaten. Diese Thesen werden anhand aktueller Daten zur Familienpolitik, zu Beschäftigungsmustern sowie zur Fertilität von Frauen in den sozialdemokratischen (Dänemark, Finnland, Norwegen, Schweden), konservativen (Belgien, Frankreich, Deutschland, Griechenland, Italien, die Niederlande, Österreich, Portugal, Spanien) und liberalen Staaten (Australien, Kanada, Irland, GB, die USA) aufgezeigt. Dieser Beitrag enthält außerdem eine kurze Neuinterpretation der Ergebnisse zu den Zusammenhängen zwischen der Familienpolitik und der Erwerbstätigkeit sowie der Fertilität von Frauen (Abschnitt 5) und endet mit den Schlussfolgerungen (Abschnitt 6).

2 Frauen, Familie und Wohlfahrtsregime

Einen nützlichen Ausgangspunkt für eine Analyse der genderspezifischen Wohlfahrtsstaatsforschung liefert die intensive Kritik, die *Esping-Andersen* (1990) nach der Präsentation seiner These über eine dreifach gegliederte Wohlfahrtsregimety-

pologie durch die feministische Forschung erhielt. Die allgemein bekannte Grundidee von *Esping-Andersen* lautet, dass zwischen den Wohlfahrtsstaaten qualitative Unterschiede existieren, die anhand von drei verschiedenen Indikatoren analysiert werden können. Erstens differiert der Grad der Dekommodifizierung (d.h. die wohlfahrtsstaatliche Absicherung von Arbeitnehmern, die nicht dazu in der Lage sind, ihren Lebensunterhalt auf dem Arbeitsmarkt zu verdienen) zwischen den Wohlfahrtsstaaten. Zweitens spielen die Wohlfahrtsproduzenten Staat, Markt und Familie in den einzelnen Ländern eine unterschiedlich wichtige Rolle. Und drittens fördern die einzelnen Wohlfahrtsstaaten infolge des divergierenden Dekommodifizierungsgrades sowie der Interaktion zwischen den Akteuren Staat, Markt und Familie verschiedene Muster der sozialen Stratifikation. Die anhand dieser drei Kriterien ermittelten Unterschiede zwischen den einzelnen Wohlfahrtsstaaten ermöglichen eine Einteilung der Länder in drei Cluster, die sich jeweils durch eine eigene Logik auszeichnen. In den sozialdemokratischen Regimen Nordeuropas übernimmt der Staat die Hauptrolle im Hinblick auf die Dekommodifizierung. Es gibt großzügige allgemeine Leistungen und das System sorgt tendenziell für die soziale Gleichstellung der Bürger. In den liberalen angelsächsischen Regimen hingegen spielt der Staat lediglich eine untergeordnete Rolle und man setzt in hohem Maße auf marktwirtschaftliche Lösungen wie private Versicherungen. Diese marktorientierte Praxis führt in Verbindung mit einem geringen Grad der Dekommodifizierung durch den Staat – insbesondere in Bezug auf die äußersten Randgruppen (Bedürftigkeitsprüfung) – dazu, dass das wirtschaftliche Gefälle zwischen denjenigen, die sich marktwirtschaftliche Wohlfahrt leisten können, und denjenigen, die nicht dazu in der Lage sind, bestehen bleibt. Eine dritte Art der Dekommodifizierung wird in den konservativen Wohlfahrtsregimen West- und Südeuropas praktiziert, wo Staat und Familie gemeinsam die Hauptverantwortung tragen. Die Dekommodifizierung erfolgt abhängig von der Stellung im Erwerbsleben, so dass ihr Grad entsprechend schwankt und die vorherrschende Zusammensetzung der Stellungen im Erwerbsleben innerhalb der Bevölkerung durch das System aufrechterhalten wird.

Diese ausgefeilte Klassifizierung der Wohlfahrtsstaaten löste eine angeregte Debatte aus (eine Diskussion der methodischen Schwachstellen der Arbeit von *Esping-Andersen* findet sich bei *Obinger* und *Wagschal* 1998; eine Besprechung findet sich bei *Arts* und *Gelissen* 2002). Insbesondere die feministische Forschung warf *Esping-Andersen* vor, die Klassifikation nach männlichen Standards vorgenommen und bei der Analyse Frauen sowie die Familie außer Acht gelassen zu haben. Tatsächlich ist der Arbeiter bei *Esping-Andersen* für den Arbeitsmarkt tätig, so dass die Dekommodifizierung für die zahlreichen nicht kommodifizierten Hausfrauen irrelevant ist. Darüber hinaus erledigen auch Frauen, die für den Arbeitsmarkt tätig sind, unbezahlte Hausarbeit, doch da das Konzept von *Esping-Andersen* diese Art von Arbeit nicht berücksichtigt, ignoriert die Typologie zwangsläufig die Rolle der Familie als Betreuerin und Wohlfahrtsproduzentin. Ebenfalls erwähnenswert ist die Tatsache, dass viele Hausfrauen nicht vom Arbeitsmarkt, sondern von ihrem Ehemann abhängig sind, und, dass ihre Beziehung zum Wohlfahrtsstaat durch ihre Rolle als Mutter und/oder Ehefrau (und nicht als Arbeitnehmerin) definiert wird. Schließlich erfahren Frauen und Familien in den einzelnen Wohlfahrtsstaaten eine unterschiedliche

Behandlung, und somit wirken sich wohlfahrtsstaatliche Strukturen nicht nur – wie von *Esping-Andersen* behauptet – auf die sozioökonomische Stratifikation aus, sondern auch auf die Geschlechterbeziehungen (*Lewis* 1992; *Orloff* 1993; *Ostner* 1995; *Anttonen/Sipilä* 1996; *Sainsbury* 1994; eine Übersicht findet sich außerdem bei *Lewis* 1997). Mit anderen Worten konzentriert sich die feministische Kritik also auf unbezahlte Betreuungsarbeit (vgl. *Daly/Lewis* 2000), die in der These von *Esping-Andersen* kaum Beachtung findet.

Infolge der feministischen Kritik erweiterte *Esping-Andersen* (1999) seine Typologie um die Dimension Familie, indem er zwei neue Konzepte einführte: den „Familialismus“ (keine Erbringung von Wohlfahrtsdiensten durch den Staat oder den Markt) und die „De-Familialisierung“³ (der Grad, in dem die Familie im Hinblick auf ihre Aufgabe als Wohlfahrtsproduzentin durch die Erbringung von Leistungen durch den Staat/Markt und/oder mithilfe der Arrangements innerhalb der Familie entlastet wird). *Esping-Andersen* zufolge wirkt sich der stark ausgeprägte Familialismus in den konservativen Ländern negativ auf die Erwerbstätigkeit von Frauen aus, während die De-Familialisierung in den sozialdemokratischen Ländern die Kommodifizierung von Frauen ermöglicht. Die ursprüngliche Typologie der drei Wohlfahrtsstaatstypen behält zwar trotz dieser neuen Dimensionen ihre Gültigkeit, *Esping-Andersen* gesteht jedoch gewisse Unterschiede zwischen den kontinentaleuropäischen und südeuropäischen Ländern ein. So ist insbesondere der Grad der De-Familialisierung durch den Staat sowie innerhalb der Familie in den kontinentaleuropäischen Ländern geringer, das Kindergeld fällt in den südeuropäischen Ländern niedriger aus und zuletzt bietet das Steuer- und Transfersystem in Kontinentaleuropa – anders als in Südeuropa – kaum Anreize für Zweitverdiener.

Doch selbst der genderspezifische Rahmen von *Esping-Andersen* wird gelegentlich als unzureichend bezeichnet (*Knijn/Ostner* 2002; *Pfau-Effinger* 2004, 2005; *Woods* 2006; *Leitner/Lessenich* 2007). Vor allem *Leitner* (2003) propagiert einen differenzierteren Familialismus-Ansatz und betont, dass der Staat entweder die Familie in ihrer Betreuungsfunktion unterstützen kann (Familialisierung) oder die Familie im Hinblick auf ihre Verantwortung für die Wohlfahrt entlasten kann (De-Familialisierung). Darüber hinaus kann der Grad der Familialisierung bzw. De-Familialisierung nach *Leitners* Analyserahmen stark oder schwach ausfallen, so dass vier unterschiedliche Kombinationen des Familialismus entstehen. Doch anstatt die Konzepte von *Esping-Andersen* weiter auszuarbeiten, stand bei den meisten Forschern die Entwicklung eines komplett neuen Analyserahmens im Vordergrund. So unterscheiden *Lewis* und *Ostner* beispielsweise zwischen drei verschiedenen Ernährermodellen: dem starken, dem moderaten und dem schwachen Ernährermodell (*Lewis* 1992; *Ostner* 1995). *Pfau-Effinger* (2004, 2005) betont außerdem die Interaktion zwischen Institutionen und kulturellen Faktoren und unterscheidet zwischen dem Doppelversorgermodell und der modernisierten männlichen Versorger-ehe. Und schließlich werden die Länder in einigen Studien in Cluster unterteilt, die

³ Dieser Begriff wurde in der Forschung erstmals von *Lister* (1994) sowie von *McLaughlin/Glenn* (1994) aufgegriffen, Begriffe hier übersetzt durch CPOs.

durch die Anwendung einer bestimmten statistischen Methode entstehen (Thévenon 2011).

Die Ergebnisse der oben genannten Studien im Hinblick auf die Aufteilung der Länder in unterschiedliche Cluster sind in Tabelle 1 aufgeführt. Wie der Tabelle zu entnehmen ist, variiert die Anzahl der Cluster von drei bis fünf und ist in den letzten beiden Jahrzehnten relativ stabil geblieben. Im Allgemeinen bilden die nordischen Länder, die angelsächsischen Länder und die kontinentaleuropäischen Länder zusammen mit den südeuropäischen Ländern jeweils eine Gruppe. Es gibt jedoch ein paar Ausnahmen von dieser Regel. Einige Studien kamen zu dem Ergebnis, dass Belgien und Frankreich eher mit den nordischen als mit den kontinentaleuropäischen Ländern vergleichbar sind (Leitner 2003; Pfau-Effinger 2005), oder die beiden Länder werden sogar einem separaten Cluster zugeordnet (Lewis 1992; Ostner 1995). Die südeuropäischen Länder bilden gelegentlich ebenfalls ein separates Cluster, das sich durch die eingeschränkte Unterstützung informeller Betreuung von den kontinentaleuropäischen Ländern unterscheidet (Leitner 2003; Thévenon 2011, jedoch ebenfalls Esping-Andersen 1999). Darüber hinaus bildet Großbritannien in zwei Fällen ein gemeinsames Cluster mit den kontinentaleuropäischen Ländern, in denen die informelle Betreuung eine wichtige Rolle spielt (Lewis 1992; Ostner 1995; Pfau-Effinger 2005), wobei eine dieser Studien (Pfau-Effinger 2005) außerdem zu dem Ergebnis kommt, dass Norwegen gewisse Gemeinsamkeiten mit den kontinentaleuropäischen Ländern erkennen lässt.

In diesem Kontext darf nicht vergessen werden, dass durch den Fokus auf den allgemeinen Unterschieden zwischen den einzelnen Ländern gelegentlich die vielfältigen Ziele der Familienpolitik aus dem Blickfeld geraten. So unterscheidet Thévenon (2011) beispielsweise sechs unterschiedliche Ziele: Armutsbekämpfung und Einkommenssicherung, direkte Erstattung der ökonomischen Kosten von Kindern, Förderung der Beschäftigung, Förderung der Geschlechtergerechtigkeit, Förderung der frühkindlichen Entwicklung und Steigerung der Fertilität. Diese Ziele werden in verschiedenen Wohlfahrtsregimen in unterschiedlichem Maß verfolgt, was sich ebenfalls in differierenden tatsächlichen politischen Maßnahmen niederschlägt. So spielt zum Beispiel die Gleichstellung der Geschlechter und die Beschäftigung von Frauen in den nordeuropäischen Wohlfahrtsstaaten eine zentrale Rolle, während für die angelsächsischen Länder die Armutsbekämpfung und Einkommenssicherung an erster Stelle stehen. Darüber hinaus können die unterschiedlichen politischen Ziele miteinander kollidieren und sich gegenseitig widersprechen. In Österreich und Deutschland beispielsweise wird die Vereinbarkeit von Beruf und Familie in einem gewissen Maß durch Elternzeitbestimmungen gefördert, gleichzeitig gibt es jedoch zu wenige Kindertagesstätten, da das Betreuungssystem ursprünglich für das Ziel der frühkindlichen Förderung ausgelegt war (Leitner/Wroblewski 2006).

Neben der Gruppierung von Ländern sowie sozialpolitischen Studien hat sich die feministische Forschung intensiv mit einer Evaluierung der Gender-Stratifikation des Wohlfahrtsstaates sowie einer Analyse der Sozialpolitik nach den Maßstäben der Frauenfreundlichkeit (Hernes 1987/1989; für Kritik siehe Borchorst/Siim 2008), der Gleichstellung der Geschlechter und der Geschlechtergerechtigkeit befasst. In diesen Forschungsbeiträgen wird der Wohlfahrtsstaat häufig als zentraler Ak-

Tab. 1: Familienpolitische Cluster

	I	II	III	IV	V
<i>Lewis (1992), Ostner (1995)</i>	<i>Schwaches Ernährermodell:</i> Dänemark Finnland Schweden	<i>Moderates Ernährermodell:</i> Belgien Frankreich	<i>Starkes Ernährermodell:</i> Deutschland Irland Niederlande GB		
<i>Esping-Andersen (1999)</i>	<i>Sozial-demokratisch:</i> Dänemark Finnland Norwegen Schweden	<i>Liberal:</i> Australien Kanada Irland GB USA	<i>Konservativ:</i> <i>Kontinental-europa</i> Österreich Belgien Frankreich Deutschland Niederlande	<i>Südeuropa</i> Italien Portugal Spanien	
<i>Leitner (2003) (nur Kinderbetreuung)</i>	<i>Optionaler Familialismus:</i> Belgien Dänemark Finnland Frankreich Schweden	<i>Expliziter Familialismus:</i> Österreich Deutschland Italien Luxemburg Niederlande	<i>De-Familialismus:</i> Irland GB	<i>Impliziter Familialismus:</i> Griechenland Portugal Spanien	
<i>Pfau-Effinger (2005)</i>	<i>Doppel-versorgermodell:</i> Frankreich Dänemark Schweden Finnland	<i>Modernisierte männliche Versorgerehe:</i> GB Norwegen Niederlande Westdeutschland			
<i>Thévenon (2011)</i>	<i>Fortlaufende starke Unterstützung berufstätiger Eltern mit Kindern unter 3 Jahren:</i> Dänemark Finnland Island Norwegen Schweden	<i>Starke finanzielle Unterstützung, jedoch eingeschränkte Unterstützung von Doppelverdienern mit Kindern unter 3 Jahren:</i> Österreich Belgien Frankreich Deutschland Luxemburg Niederlande	<i>Kurze Elternzeit, gezielte Unterstützung gering-verdienender Alleinerziehender sowie von Familien mit Kindern im Vorschulalter:</i> Australien Kanada Irland Neuseeland Schweiz GB USA	<i>Eingeschränkte Unterstützung von Familien:</i> Griechenland Italien Korea Japan Portugal Spanien	<i>Lange Elternzeit, aber geringe finanzielle Unterstützung und wenige Betreuungseinrichtungen für Kinder unter 3 Jahren:</i> Tschechische Republik Ungarn Polen Slowakische Republik

teur betrachtet, der die Geschlechtergerechtigkeit entweder fördert oder behindert (Mazur 2002: 15). Üblicherweise finden drei unterschiedliche Definitionen der Geschlechtergerechtigkeit Verwendung. Die wahrscheinlich umfassendste Diskussion zu dem Thema findet sich bei Fraser (1994); sie betrachtet die verschiedenen Arten der Geschlechtergerechtigkeit anhand ihres sogenannten „Modells der allgemeinen Erwerbstätigkeit“, bei dem die Geschlechtergerechtigkeit durch die Förderung der Beschäftigung von Frauen hergestellt werden soll, sowie mithilfe ihres „Modells der

Gleichstellung der Betreuungsarbeit“, in dem die Geschlechtergerechtigkeit durch die Unterstützung informeller Betreuungsarbeit angestrebt wird. *Fraser* kommt zu der Schlussfolgerung, dass keines der Modelle gut genug sei, da nicht verlangt würde, dass sich Männer ändern; sie behauptet daher, dass Geschlechtergerechtigkeit nur dann erreicht werden könne, wenn Männer mehr wie Frauen werden, d.h. wenn auch Männer Betreuung und Beruf miteinander kombinieren. In der Praxis wurde die Forschung laut *Pfau-Effinger* (2004, 2005) durch eine leicht evolutionäre Sichtweise der Geschlechtergerechtigkeit dominiert, d.h. ein hoher Anteil öffentlicher Kinderbetreuung sowie eine starke Beteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt (hoher Grad der De-Familialisierung) wird als die frauenfreundliche, geschlechtergerechte Alternative betrachtet, während ein geringer Anteil öffentlicher Kinderbetreuung und eine niedrige weibliche Beschäftigungsquote (hoher Grad des Familialismus) als weniger frauenfreundlich und geschlechtergerecht verstanden werden. *Pfau-Effinger* selbst kritisierte diesen Ansatz, indem sie die unterschiedlichen Wege aufzeigte, die im Hinblick auf die Geschlechtergerechtigkeit eingeschlagen werden, und betonte, dass eindimensionale Analyserahmen (wie Familialisierung und De-Familialisierung) die aktuellen Entwicklungen in den Wohlfahrtsstaaten nicht adäquat erfassen könnten.

3 Welche Erkenntnisse können Demografen aus der genderspezifischen Wohlfahrtsstaatsforschung ziehen?

Um zu veranschaulichen, wie Demografen von der genderspezifischen Wohlfahrtsstaatsforschung profitieren können, werden die zuvor beschriebenen Wohlfahrtsstaatstheorien in diesem Abschnitt zwei Fertilitätstheorien gegenübergestellt: der ökonomischen Fertilitätstheorie sowie den Theorien der Geschlechtergerechtigkeit und Rolleninkompatibilität.

3.1 Neue Haushaltsökonomie und wohlfahrtsstaatliche Institutionen

Die ökonomische Fertilitätstheorie behandelt Kinder als dauerhaftes Konsumgut und analysiert die „Nachfrage“ des Haushalts nach Kindern auf dieselbe Art und Weise wie die Nachfrage nach allen sonstigen Gütern. Dieser Ansatz geht davon aus, dass die Anzahl der Kinder von den Präferenzen des Haushalts, der Qualität und Quantität der Kinder, dem Haushaltseinkommen und den Kosten der Kinder abhängig ist (*Becker* 1960; *Becker/Lewis* 1973; *Willis* 1973; *Becker* 1981/1991). Im Gegenzug nimmt man oft an, dass sich die Beschäftigung von Frauen und somit ihre Opportunitätskosten negativ auf die Fertilität auswirken. Je höher also die Bildung und das Einkommen sind, desto höher fallen die Opportunitätskosten aus und desto niedriger ist die Fertilität.

Diese Theorie war für die Fertilitätsforschung von weitreichender Bedeutung; eine ihrer Schwachstellen ist jedoch die fehlende Berücksichtigung der Tatsache, dass Entscheidungen in nationalen institutionellen Kontexten getroffen werden, die – wie bereits erläutert – deutliche Unterschiede aufweisen. Demzufolge könnte die-

se ökonomische Theorie oder zumindest die Forschung auf der Grundlage dieser Theorie von einer Berücksichtigung der Erkenntnisse aus dem Bereich der genderspezifischen Wohlfahrtsstaatsforschung im Hinblick auf die Unterschiede zwischen der institutionellen Logik beim Umgang mit der Familie profitieren. Zahlreiche Forscher nehmen bei der Entwicklung ihrer Hypothesen oder der Interpretation von Ergebnissen bereits auf Literatur aus dem Bereich der Wohlfahrtsstaatsforschung Bezug (z.B. Köppen 2006; Brodmann et al. 2007). Eine ausführlichere Diskussion der institutionellen Grenzen in den einzelnen Ländern würde jedoch systematischere, kontextspezifische Hypothesen ermöglichen und somit auch systematische Prognosen in Bezug auf die Auswirkungen zentraler Variablen auf die Fertilität in verschiedenen Wohlfahrtsstaatstypen zulassen.

So ist beispielsweise allgemein bekannt, dass sich die Nichterwerbstätigkeit von Frauen auf der Mikroebene positiv auf die Fertilität auswirkt (Hoem/Hoem 1989; Berinde 1999; Oláh 2003; Cooke 2004; Kreyenfeld 2004; Prskawetz/Zagaglia 2005; Cooke 2008; Breton/Prioux 2009). Da die Richtung der Auswirkungen hinreichend nachgewiesen ist, sollte sich die Diskussion mit den potentiellen Unterschieden bezüglich ihres Ausmaßes befassen. In diesem Zusammenhang könnten sich die anschaulichen Belege aus dem Bereich der feministischen Forschung im Hinblick auf die Förderung informeller Betreuung durch den Wohlfahrtsstaat als hilfreich erweisen. Eine mögliche Hypothese wäre beispielsweise, dass in Ländern, in denen das männliche Versorgermodell großzügig gefördert wird (wie z.B. in Deutschland), das Haushaltseinkommen von Familien mit nicht erwerbstätigen Frauen – und somit auch die Fertilität – höher ausfällt als in Ländern, in denen die männliche Versorgerrolle praktisch keine Unterstützung erfährt (wie z.B. in Schweden). Andere Bereiche, in denen die genderspezifischen Wohlfahrtsstaatstheorien auf eine ähnliche Weise unser Verständnis des Ausmaßes der Auswirkungen verbessern könnten, sind zum Beispiel die negativen Auswirkungen des Bildungsgrades auf Erstgeburten (Kreyenfeld 2004; Klein/Eckhard 2007; Westoff/Marshall 2010) sowie die unterschiedlichen Belege für den Einfluss des Einkommens der Frauen, die je nach analysiertem Land und untersuchter Parität zwischen negativ (Rønsen 2004; Rondinelli et al. 2010) und positiv (Hoem 2000; Andersson 2000; Vikat 2004) oder gar U-förmig (Kreyenfeld/Zabel 2005) schwanken. Mit einer ähnlichen Logik könnten Aspekte der Interaktion zwischen wohlfahrtsstaatlichen Institutionen für die Forschung von Nutzen sein, um zu erklären, warum sich bestimmte Variablen gelegentlich entgegen den Erwartungen verhalten. So könnte man zum Beispiel die geringen Belege für die Auswirkungen der Familienpolitik auf die Fertilität (Gauthier 2007) möglicherweise besser verstehen, wenn die wohlfahrtsstaatlichen Institutionen und insbesondere die Kohärenz der familienpolitischen Maßnahmen stärkere Beachtung finden würden (z.B. Leitner/Wroblewski 2006).

3.2 Rollenkompatibilität, Geschlechtergerechtigkeit und De-Familialisierung

Die Veränderung des Zusammenhangs auf der Makroebene zwischen der Beteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt und der Fertilität von negativ zu positiv Mitte der

1980er Jahre (*Ahn/Mira* 2002; *Rindfuss et al.* 2003; vgl. jedoch auch *Castles* 2003) regte mehrere Forscher dazu an, Theorien über die Auswirkungen der Familienpolitik auf die Fertilität und die Beschäftigung von Frauen auszuarbeiten. So argumentierten beispielsweise *Rindfuss* und *Brewster* (1996), *Brewster* und *Rindfuss* (2000) sowie *Rindfuss et al.* (2003), dass die Regierungen einiger Länder mit größerem Erfolg politische Maßnahmen zur Reduzierung der Rolleninkompatibilität zwischen Berufstätigkeit und Elternschaft umsetzen, während sich die Institutionen in anderen Ländern nicht an die Beteiligung von Müttern am Arbeitsmarkt angepasst haben. Ihnen zufolge führt eine ausgeprägte Rolleninkompatibilität zu einer niedrigen Arbeitsmarktbeteiligung und Fertilität, während die Kompatibilität der Rollen sowohl eine hohe Beteiligung am Arbeitsmarkt als auch eine hohe Fertilität bewirkt. *McDonald* (2000a/b, 2002) behauptet hingegen, dass das Fertilitätsniveau durch das Ausmaß der Differenz zwischen der Geschlechtergerechtigkeit in familienorientierten Institutionen (Institutionen, die Personen als Familienmitglieder behandeln, wie z.B. in Form der gemeinsamen Haushaltsbesteuerung) und personenzentrierten Institutionen (Institutionen, die Personen als Individuen behandeln, wie z.B. im Bildungsbereich und auf dem Arbeitsmarkt) bestimmt wird. *McDonald* zufolge bewegt sich der Grad der Geschlechtergerechtigkeit in den personenzentrierten Institutionen derzeit in allen Industrieländern auf einem hohen Niveau. Laut *McDonald* weisen die Länder, in denen die Geschlechtergerechtigkeit in den familienorientierten Institutionen ebenso stark ausgeprägt ist, die höchste Fertilität auf, während in Ländern mit einem geringen Grad der Geschlechtergerechtigkeit in familienorientierten Institutionen eine niedrigere Fertilität zu verzeichnen ist.

Zwischen diesen Fertilitätstheorien und dem Familialisierungs- sowie De-Familialisierungs-Ansatz nach *Esping-Andersen* existieren mehrere Parallelen, wie auch von den Autoren selbst anerkannt wird (*Rindfuss et al.* 2003: 415; *McDonald* 2000a: 1, 2002: 429). Tatsächlich stellen die Rollenkompatibilität und die Geschlechtergerechtigkeit im Grunde genommen eine versteckte De-Familialisierung dar: In allen Theorien wird eine Familienpolitik, die die Familie im Hinblick auf ihre Verantwortung für die Wohlfahrt entlastet, als zentrale Determinante für eine hohe Fertilität bezeichnet. Folglich kann die These der Rolleninkompatibilität ebenso wie die Theorie der Geschlechtergerechtigkeit auf eine sehr ähnliche Art und Weise kritisiert werden wie die These der De-Familialisierung. So veranschaulichen beispielsweise alle drei Theorien im Wesentlichen *Pfau-Effingers* Beschreibung (vgl. Abschnitt 2) eines evolutionären Ansatzes in der Sozialpolitik, bei dem die Veränderungen im Bereich der informellen Betreuung sowie die unterschiedlichen Entwicklungspfade der Wohlfahrtsstaaten außer Acht gelassen werden und stattdessen die Art der Förderung der Arbeitsmarktbeteiligung von Frauen in den einzelnen Ländern im Zentrum steht. Meiner Ansicht nach wird die analytische Aussagekraft der oben beschriebenen Analyserahmen durch die geringe Berücksichtigung der informellen Betreuung sowie ihrer Organisation erheblich geschwächt. Mit anderen Worten: Die Theorien übersehen, dass ein geringer Grad der Rollenkompatibilität und Geschlechtergerechtigkeit in den einzelnen Ländern eine völlig andere Bedeutung haben kann und sich im Gegenzug unterschiedlich in der Fertilität niederschlagen kann. Darüber hinaus können die Rollenkompatibilität und die Geschlechtergerech-

tigkeit mit verschiedenen Mitteln gefördert werden, die sich wiederum jeweils unterschiedlich auf die Fertilität auswirken können.

Eine Möglichkeit, diese Probleme zu verstehen, die auf eine mangelnde Berücksichtigung der informellen Betreuung zurückzuführen sind, ist die Betrachtung dieser Theorien vor dem Hintergrund des oben beschriebenen Analyserahmens von *Leitner* (2003). Um die Argumentation mit wenigen Worten zu wiederholen: *Leitner* unterscheidet jeweils zwischen einer starken und schwachen De-Familialisierung sowie Familialisierung. Daraus resultiert ein Analyseraster, das eine Klassifizierung der Familienpolitik in vier unterschiedliche Typen möglich macht (Tab. 2): eine starke Familialisierung in Verbindung mit einer starken De-Familialisierung (optionaler Familialismus), eine schwache De-Familialisierung, jedoch starke Familialisierung (expliziter Familialismus), eine starke De-Familialisierung, jedoch schwache Familialisierung (De-Familialismus) und eine schwache Familialisierung in Verbindung mit einer schwachen De-Familialisierung (impliziter Familialismus).

Wenn man die Argumente der Unterstützer der These der Rolleninkompatibilität sowie von *McDonald* im Licht des Rasters von *Leitner* betrachtet, ist nicht ersichtlich, was beispielsweise ein geringer Grad der Rollenkompatibilität und ein geringes Ausmaß der Geschlechtergerechtigkeit in familienorientierten Institutionen bedeuten. Handelt es sich in diesem Fall um expliziten oder impliziten Familialismus, oder um beides? Im Grunde genommen ist der Grad der Rollenkompatibilität und Geschlechtergerechtigkeit in den familienorientierten Institutionen in beiden Fälle gering; im ersten Fall unterstützt der Staat jedoch die Familie in ihrer Betreuungsfunktion (expliziter Familialismus), während der Staat in dem anderen Fall mithilfe seiner Mittel für den Bestand der Familie sorgt (impliziter Familialismus). Ein klassisches Beispiel in diesem Zusammenhang wäre das geringe Kinderbetreuungsangebot in den konservativen Wohlfahrtsstaaten (schwache De-Familialisierung) in Verbindung mit einer großzügigen steuerlichen Begünstigung der männlichen Versorgerehe und einer gut bezahlten langen Elternzeit wie zum Beispiel in Deutschland (starke Familialisierung) sowie das Fehlen einer solchen steuerlichen Förderung in Verbindung mit einer kürzeren und schlecht bezahlten Elternzeit wie in Griechenland (schwache Familialisierung). Trotz des gemeinsamen Nenners der geringen Rollenkompatibilität, De-Familialisierung und Geschlechtergerechtigkeit erscheint es logisch, dass sich die Familienpolitik in diesen beiden Ländern unterschiedlich in der Fertilität niederschlägt.

Dieselbe Logik gilt für den steigenden Grad der De-Familialisierung: Die Theorien der Rolleninkompatibilität und Geschlechtergerechtigkeit gehen davon aus,

Tab. 2: Familialismus-Analyserahmen nach *Leitner* (2003)

Familialisierung	De-Familialisierung	
	Stark	Schwach
Stark	Optionaler Familialismus	Expliziter Familialismus
Schwach	De-Familialismus	Impliziter Familialismus

Quelle: *Leitner* (2003: 358), Tabelle 1.

dass jede Steigerung der Rollenkompatibilität oder Geschlechtergerechtigkeit in den familienorientierten Institutionen eine höhere Fertilität begründet. Dabei ist jedoch unklar, ob sich eine Zunahme der De-Familialisierung einerseits bzw. der Familialisierung andererseits auf unterschiedliche Weise oder in einem unterschiedlichen Maß auf die Fertilität auswirken. So bewirkt zum Beispiel eine Erhöhung des Kinderbetreuungsangebots einen Anstieg des Grades der Rollenkompatibilität und Geschlechtergerechtigkeit in familienorientierten Institutionen (starke De-Familialisierung), doch wirkt sich dieser Anstieg auf eine ähnliche Weise und in einem ähnlichen Maß auf die Fertilität aus wie eine Verlängerung der Elternzeit bzw. Erhöhung des Elterngeldes (starke Familialisierung)?

Diese Probleme stellen natürlich nicht die Kernaussagen der Befürworter dieser Theorien im Hinblick auf die positiven Auswirkungen einer großzügigen Vereinbarkeitspolitik auf die Fertilität in Frage. Eine Konkretisierung dieser Theorien könnte jedoch unser Verständnis der kausalen Zusammenhänge zwischen Familienpolitik und Fertilität und somit der landesspezifischen Unterschiede in Bezug auf die Fertilität vertiefen.

4 Der Weg zu einem integrierten Ansatz

Die Einführung des genderspezifischen Wohlfahrtsstaatsansatzes in die demografischen Reproduktionstheorien könnte neue Erkenntnisse im Hinblick auf das generative Verhalten liefern. Doch auch wenn die zuvor beschriebenen theoretischen Fertilitätsanalyseraster zu einem deutlich besseren Verständnis der Auswirkungen von Mikro- und Makrofaktoren auf die Fertilität beigetragen haben, liefert keiner von ihnen eine umfassende Erklärung für die unterschiedlichen Fertilitätsniveaus in den einzelnen Ländern. Somit ist die Frage legitim, ob nicht ein weiterer Schritt in Richtung einer kombinierten Theorie unternommen werden sollte. Eine der zahlreichen Möglichkeiten eines integrierten Ansatzes wird im Folgenden erläutert. Der Vorschlag, Elemente beider Forschungsdisziplinen miteinander zu kombinieren, ist nicht neu; vergleichbare Gedankengänge finden sich beispielsweise bei *McDaniel* (1996), *Neyer* (2006) sowie bei *González* und *Jurado-Guerrero* (2006). Der Ansatz dieses Beitrages unterscheidet sich jedoch von den früheren Versuchen dadurch, dass auch die heterogenen Präferenzen von Frauen berücksichtigt werden und die Art und Weise, in der diese Präferenzen in den einzelnen Wohlfahrtsstaaten zu unterschiedlichen Entscheidungen in puncto Beruf und Familie führen, systematisch diskutiert wird.

4.1 Von Präferenzen zu Lebensverlaufsstrategien

Der Präferenz-Theorie von *Hakim* zufolge (1998, 2000, 2002, 2003a/b) haben Frauen heute infolge einer Reihe historischer Veränderungen, die zu einem neuen Szenario beigetragen haben (kontrazeptive Revolution, Revolution der Chancengleichheit, Zunahme der Büroberufe, Beschäftigungsmöglichkeiten für Zweitverdiener und die wachsende Bedeutung von Einstellungen, Werten sowie persönlichen Präferenzen

im Hinblick auf Entscheidungen in Bezug auf den eigenen Lebensstil), immer bessere Chancen, das Leben zu führen, das sie sich vorgestellt haben. Somit lassen sich sowohl die Unterschiede in der Fertilität als auch die Teilnahme am Erwerbsleben von Frauen anhand der Heterogenität ihrer Lebensstil-Präferenzen im Hinblick auf Beruf und Familie erklären.

Hakim behauptet außerdem, dass sich Frauen anhand ihrer Präferenzen in drei verschiedene Gruppen unterteilen lassen: die Hauptgruppe (40-80 % der weiblichen Bevölkerung) setzt sich aus adaptiven Frauen zusammen, die entweder Beruf und Familie miteinander kombinieren wollen, ohne einem von beiden einen Vorrang einzuräumen, oder keine Pläne hinsichtlich ihres Lebensverlaufs haben und sich treiben lassen, ohne eine klare Vorstellung von ihrem Leben zu haben. Diese Frauen sind sehr leicht zu beeinflussen, z.B. durch arbeits- und sozialpolitische Maßnahmen, da sich diese auf die Arbeitsmarktbedingungen und den Grad der Rollenkompatibilität auswirken. Für eine Minderheit der Frauen (10-30 % der weiblichen Bevölkerung) kommt die Familie an erster Stelle. Diese Frauen wollen sich in erster Linie der Tätigkeit als Hausfrau widmen und haben normalerweise eine große Familie. Die Beschäftigungspolitik hat keine Auswirkung auf ihre beruflichen Entscheidungen (da sie es vorziehen, nicht zu arbeiten, zumindest solange ihre Kinder klein sind), ihre Fertilität ist jedoch teilweise von sozialpolitischen Maßnahmen abhängig, weil sich diese auf das Familieneinkommen auswirken, das im Gegenzug die Fertilität beeinflusst. Der letzten Gruppe gehört eine Minderheit von Frauen an (ebenfalls 10-30 % der weiblichen Bevölkerung), für die der Beruf im Mittelpunkt steht. Für diese Frauen steht die Arbeit an erster Stelle und sie bekommen nur dann Kinder, wenn sie diese mit ihrer beruflichen Tätigkeit in Einklang bringen können. Folglich und im Gegensatz zu den beiden anderen Frauengruppen sind berufsorientierte Frauen nicht sehr empfänglich für sozial- oder familienpolitische Maßnahmen. Die Größe der Präferenz-Gruppen variiert zwischen den einzelnen Ländern, da die politischen Ansätze normalerweise eine Gruppe von Frauen auf Kosten der anderen unterstützt. *Hakim* zufolge ist dies der Grund für eine niedrige Fertilität; wenn Frauen im Hinblick auf ihren bevorzugten Lebensstil keine Unterstützung durch den Staat erfahren, bekommen sie weniger Kinder als sie eigentlich möchten.

Diese Präferenz-These stellte sich jedoch sowohl in der Theorie als auch in der Praxis als problematisch heraus. So warfen beispielsweise mehrere Forscher *Hakim* vor, zu ignorieren, dass sich die Beschäftigungsmuster von Frauen nicht allein anhand von Präferenzen erklären lassen, sondern dass die Berufsorientierung von Frauen die Summe verschiedener nationaler und kultureller Chancen sowie Zwänge darstellt (*Crompton/Harris* 1998a/b; *McRae* 2003a/b). *Pfau-Effinger* (2004) betonte außerdem, dass *Hakim* nicht klarstelle, warum sich Frauen für einen anderen beruflichen Werdegang entscheiden als ihre Präferenzen nahelegen, warum überhaupt erst unterschiedliche Präferenzen entstehen und warum eine Frau eine Präferenz-Gruppe den anderen vorzieht. Außerdem gestaltet sich eine Abgrenzung der einzelnen Gruppen voneinander auf theoretischer Ebene schwierig (*McRae* 2003a: 333), während es sich auf praktischer Ebene als problematisch herausgestellt hat, die Gruppen anhand des vorhandenen Erhebungsmaterials voneinander zu unterscheiden (*Hakim* 2003c). Die Studien stützen die These, dass sich Präferenzen zumindest

in einem gewissen Umfang auf die Beschäftigungsmuster von Frauen auswirken, betonen jedoch auch die Interaktion zwischen Präferenzen und Zwängen (*Doorewaard et al.* 2004; *Crompton/Lyonette* 2005; *Kan* 2007; *Kangas/Rostgaard* 2007; *Debacker* 2008; *Gash* 2008) sowie den komplexen Zusammenhang zwischen der Meinungsbildung und dem Verhalten (*Steiber/Haas* 2009). Darüber hinaus ist in den meisten Ländern nur eine geringe Übereinstimmung zwischen dem Beschäftigungsstatus und den beruflichen Präferenzen von Müttern mit Kindern im Vorschulalter zu beobachten (*Beets et al.* 1997; *Evans/Kelley* 2001; *Hakovirta/Salin* 2006; *Wall* 2007). Und die Daten lassen außerdem darauf schließen, dass Frauen, die ein oder zwei Kinder haben möchten, in den meisten Fällen einer beruflichen Tätigkeit nachgehen wollen, während Frauen, die sich eine größere Familie wünschen, sich häufiger auf die Tätigkeit als Hausfrau konzentrieren oder eine Teilzeitbeschäftigung ausüben wollen (*Lee/Gramotnev* 2006). *Vitali et al.* (2009) kommen im Gegenzug zu dem Ergebnis, dass in den europäischen Ländern ein Zusammenhang zwischen den Präferenzen in puncto Beruf und Familie und dem tatsächlichen generativen Verhalten existiert, während zwischen den Präferenzen und der gewünschten Familiengröße kein Zusammenhang zu beobachten ist.

Obwohl also feststeht, dass weitere Untersuchungen notwendig sind, um die Lebensstil-Präferenzen von Frauen besser verstehen zu können, lassen die vorliegenden Daten die Annahme zu, dass Frauen, wie von *Hakim* vertreten, unterschiedliche Präferenzen in puncto Familie und Beruf haben. Außerdem erscheint die These vertretbar, Frauen anhand dieser Präferenzen in drei unterschiedliche Gruppen (familienorientierte, adaptive und berufsorientierte Frauen) zu unterteilen. Der Ausgangspunkt für den Analyserahmen liegt somit darin, dass Frauen – wie *Hakim* behauptet – heterogene Präferenzen haben. Eine der Stärken dieses Ansatzes ist die Anerkennung der Tatsache, dass Frauen innerhalb eines Landes sowie in verschiedenen Ländern nicht als eine homogene Gruppe mit identischen Wünschen behandelt werden sollten, sondern dass – beispielsweise im Hinblick auf die öffentliche Politik – unterschiedliche Reaktionen zu erwarten sind. Darüber hinaus ist die Theorie für die Identifizierung der unterschiedlichen Gruppen hilfreich und ermöglicht eine Abschätzung ihrer relativen Größe in den einzelnen Ländern.

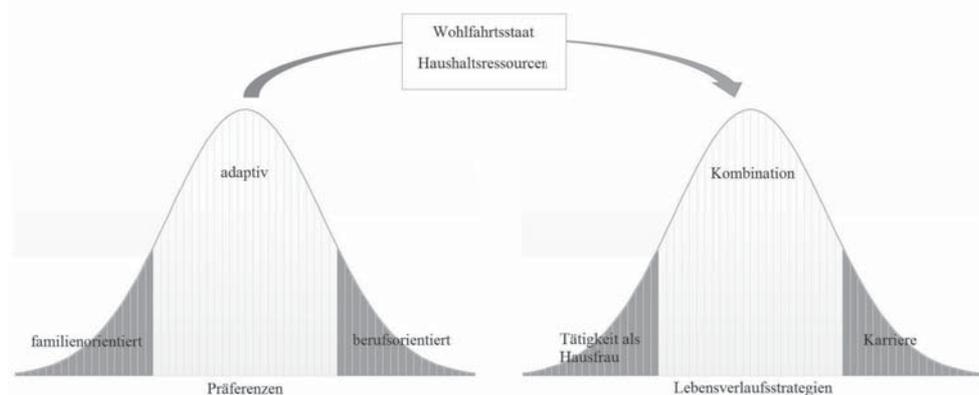
Doch auch wenn die Annahme, dass Frauen heterogene Präferenzen besitzen, berechtigt ist, lässt der vorstehende Literaturüberblick erkennen, dass die Stärke des Einflusses dieser Präferenzen auf das Verhalten keineswegs bekannt ist. Die Ergebnisse der genannten Studien belegen allerdings auch die Heterogenität von Frauen im Hinblick auf Beruf und Familie. Mit der Heterogenität des Verhaltens befasst sich beispielweise *Bernhardt* (2000: 10), der die Frauen anhand ihrer „Lebensverlaufsstrategie in Bezug auf Familie“ in drei verschiedene Gruppen unterteilt. Die erste dieser Strategien, die „Karrierestrategie“, wird von Frauen gewählt, die eine anspruchsvolle berufliche Laufbahn verfolgen. In Anbetracht ihrer beruflichen Einbindung bleiben Frauen, die sich für die Karrierestrategie entschieden haben, oft kinderlos oder bekommen lediglich ein Kind. Die zweite Gruppe von Frauen entscheidet sich *Bernhardt* zufolge für die „Kombinationsstrategie“, d.h. diese Frauen wollen berufstätig bleiben, sind jedoch auch dazu bereit, weniger zu arbeiten, wenn sie Kinder bekommen. *Bernhardt* zufolge bekommen diese Frauen außerdem in ei-

ner familienfreundlichen Gesellschaft mehr Kinder. Die dritte Gruppe von Frauen wählt schließlich die „Hausfrauenstrategie“, d.h. sie wollen nach der Geburt ihres ersten Kindes dauerhaft oder zumindest für einen langen Zeitraum als Hausfrau tätig sein. Die Frauen, die dieser Gruppe angehören, bekommen in der Regel auch mehr Kinder als diejenigen, die sich für die Karriere- oder Kombinationsstrategie entschieden haben.

Angesichts der Belege für bzw. gegen die Präferenz-Theorie sowie für die Heterogenität der Entscheidungen von Frauen in Bezug auf Familie und Beruf erscheint die Annahme plausibel, dass die präferierten Lebensstile gewissen Zwängen unterliegen. In gleicher Weise kann davon ausgegangen werden, dass Frauen infolge der Zwänge und Präferenzen unterschiedliche Lebensstile im Hinblick auf Beruf und Familie wählen müssen und somit – zumindest grob gesagt – entweder die Karrierestrategie, die Kombinationsstrategie oder die Hausfrauenstrategie in die Tat umsetzen. Die von *Bernhardt* entwickelten unterschiedlichen Kategorien sind gut geeignet, da ein direkter Zusammenhang zwischen den unterschiedlichen Präferenzen und den Strategie-Gruppen existiert: Familienorientierte Frauen bevorzugen die Hausfrauenstrategie, adaptive Frauen die Kombinationsstrategie und berufsorientierte Frauen die Karrierestrategie. Da die Präferenzen jedoch eine wichtige Determinante der Wahl des Lebensstils bleiben, kann außerdem davon ausgegangen werden, dass eine Frau, die sich mit gewissen Zwängen konfrontiert sieht und sich für eine Lebensverlaufsstrategie entscheiden muss, die nicht ihrer ursprünglichen Präferenz entspricht, die Strategie wählen wird, die ihren ursprünglichen Wünschen am nächsten kommt. Mit anderen Worten: Eine familienorientierte Frau, die nicht dazu in der Lage ist, die Hausfrauenstrategie in die Tat umzusetzen, wird nur in besonderen Einzelfällen die Karrierestrategie an Stelle der Kombinationsstrategie wählen.

Um die oben nahegelegten Zusammenhänge zu verstehen, ist eine Betrachtung unter dem Aspekt der Verteilung hilfreich (Abb. 1). *Hakim* geht im Grunde davon aus, dass die Präferenzen der Frauen von extrem familienorientiert bis äußerst berufsorientiert variieren, und dass innerhalb dieser Bandbreite drei unterschiedliche Gruppen von Frauen unterschieden werden könnten. *Hakims* Theorie zufolge können diese drei Gruppen die wichtigsten Unterschiede zwischen Frauen erfassen, wobei es grundsätzlich möglich ist, die weibliche Bevölkerung in eine noch größere Anzahl von Gruppen zu unterteilen (z.B. zehn Gruppen auf der Basis von Dezilen). *Hakim* präsentiert darüber hinaus eine Reihe von Anhaltspunkten hinsichtlich der Schiefe der Verteilung (der relativen Größe der unterschiedlichen Gruppen). Ihrer Meinung nach ist im Grunde genommen jede Kombination möglich, von einer positiv schiefen Verteilung, bei der 30 % der Frauen familienorientiert, 60 % adaptiv und 10 % berufsorientiert sind, bis zu einer negativ schiefen Verteilung mit 10 % familienorientierten, 60 % adaptiven und 30 % berufsorientierten Frauen. Sie nimmt jedoch keine Stellung in Bezug auf die Wölbung (wie stark die zu erwartende Homogenität der Frauen in den einzelnen drei Gruppen ausfällt).

In ähnlicher Weise können wir die Lebensverlaufsstrategien von Frauen als eine Verteilung betrachten, an deren einem Ende Frauen zu finden sind, die im Grunde genommen niemals berufstätig sind (die Hausfrauenstrategie in ihrer extremen

Abb. 1: Von Präferenzen zu Lebensverlaufsstrategien

Quelle: Eigene Darstellung

Form), während am anderen Ende die Frauen zu finden sind, die durchgehend einer Vollzeitbeschäftigung nachgehen (die Karrierestrategie in ihrer extremen Form). Und zwischen diesen beiden Extremen befinden sich Frauen, die ihre Zeit auf unterschiedliche Weise zwischen Familie und Beruf aufteilen. Im Gegensatz zu *Hakim* präsentiert *Bernhardt* keine zahlenmäßigen Theorien im Hinblick auf die Verteilung der Frauen. Die Form der Verteilung (d.h. die Größe der einzelnen Gruppen von Frauen ebenso wie die Homogenität innerhalb der Gruppen) sowohl in Bezug auf die Präferenzen als auch die Lebensverlaufsstrategien bedarf letzten Endes natürlich einer empirischen Analyse.

Ich schlage vor, diese beiden Theorien bzw. Verteilungen miteinander zu verbinden. Wenn Entscheidungen in Bezug auf Beruf und Familie allein von den Präferenzen abhängig wären, würde die Verteilung auf der Grundlage von Präferenzen genauso aussehen wie die Verteilung auf Basis der gewählten Lebensverlaufsstrategie. Doch infolge unterschiedlicher Beschränkungen, die mit einer Einschränkung der Chancen von Frauen verbunden sind, ist die Verteilung der Präferenzen und Lebensverlaufsstrategien nicht kongruent. Im Folgenden werde ich aufzeigen, dass sich die Familienpolitik ebenso wie die Haushaltsressourcen erheblich auf den Übergang der Verteilung von Präferenzen in die Verteilung von Lebensverlaufsstrategien auswirken.

4.2 Wohlfahrtsstaatliche Politik, Haushaltsressourcen und Wahl der Lebensverlaufsstrategie von Frauen

Welche Kontextfaktoren unterstützen oder behindern Frauen bei der Umsetzung ihrer Präferenzen und beeinflussen somit den Übergang der Verteilung von Präferenzen in die Verteilung von Lebensverlaufsstrategien? Wohlfahrtsstaatsforscher, Arbeitsmarktexperten und Demografen haben aufgezeigt, dass etwa das Steuersystem (*Gustafsson* 1992; *Dingeldey* 2001; *Apps/Rees* 2004), die Elternzeitbestim-

mungen (Rönsen 2004; Andersson et al. 2006; Lalive/Zweimüller 2009), das Kinderbetreuungsangebot (Oláh 2003; Uunk et al. 2005; Baizán 2009) und das Angebot an Teilzeitstellen (Del Boca 2002; Lewis et al. 2008) die Beteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt sowie ihre Fertilität beeinflussen und die Chancenstrukturen prägen. Diese Makrofaktoren wirken sich möglicherweise sowohl auf die Anzahl der Frauen aus, die sich für eine bestimmte Strategie entscheiden, als auch auf die Art und Weise der Umsetzung der jeweiligen Strategie. So könnten beispielsweise einige adaptive Frauen die längerfristige Ausübung einer Teilzeitbeschäftigung als ein Mittel zur Umsetzung der Kombinationsstrategie betrachten, während andere adaptive Frauen dieselbe Strategie in die Tat umsetzen, indem sie eine sehr lange Elternzeit nehmen. Da sich die Wohlfahrtsstaaten außerdem hinsichtlich ihrer Familienpolitik erheblich voneinander unterscheiden, ist die Annahme begründet, dass sich die Präferenzverteilungen in den einzelnen Ländern auf unterschiedliche Weise und in unterschiedlichem Ausmaß in Verteilungen von Lebensverlaufsstrategien umwandeln.

Wichtig für die Entscheidungen von Frauen sind neben der wohlfahrtsstaatlichen Politik auch die Haushaltsressourcen wie finanzielle Mittel (Lohn, Einkommen, Erbschaft) und die Anzahl der Familienmitglieder und Verwandten, die die Mutter bei der Kinderbetreuung unterstützen können. So kann es beispielsweise vom Familieneinkommen abhängen, ob sich die Familie eine qualitativ hochwertige Kinderbetreuung leisten kann, wohingegen die Betreuung durch Familienmitglieder besonders dann für berufstätige Mütter wichtig ist, wenn die Förderung der Kinderbetreuung durch den Wohlfahrtsstaat unzureichend oder die Kinderbetreuung teuer ist. Und schließlich kann sogar die Mutterschaft selbst als Zwang fungieren. So kann eine adaptive Mutter die Kombinationsstrategie unter bestimmten Umständen (wie z.B. eine kostenintensive Kinderbetreuung) möglicherweise in Verbindung mit Teilzeitarbeit umsetzen, doch nachdem sie ihr zweites Kind bekommen hat, wird diese Strategie zu kostspielig und sie muss sich stattdessen für die Tätigkeit als Hausfrau entscheiden.

Tabelle 3 enthält Daten für ausgewählte Länder in Bezug auf die zuvor genannten Variablen (mit Ausnahme von Teilzeitbeschäftigung, da Indikatoren für Teilzeitarbeit die Anzahl der Frauen erfassen, die in Teilzeit arbeiten, anstelle des tatsächlichen Angebots an Teilzeitstellen). Die Dauer der bezahlten Elternzeit in Wochen (Spalte 1) sowie die maximale Dauer der Elternzeit der Mutter (Spalte 2) lassen insbesondere Rückschlüsse zu, ob und wie die Entscheidungen adaptiver Frauen – und somit die Kombinationsstrategie – unterstützt werden: Je länger die Dauer der Elternzeit ist und je höher das Elterngeld ausfällt, desto besser wird die Umsetzung der Kombinationsstrategie durch lange Phasen ohne berufliche Tätigkeit gefördert. Je kürzer die Elternzeit ist und je niedriger das Elterngeld ausfällt, desto eingeschränkter ist die Unterstützung der Kombinationsstrategie mit langen beruflichen Pausen, und umso höher sind die Anreize für die Umsetzung der Karrierestrategie, der Hausfrauenstrategie oder der Kombinationsstrategie in Verbindung mit einer Teilzeitbeschäftigung. Da berufsorientierte Frauen mit Kindern aller Voraussicht nach so schnell wie möglich wieder arbeiten möchten, ist die Wahrscheinlichkeit nicht hoch, dass sich die Großzügigkeit des Elterngeldes oder die maximale Dauer der Elternzeit erheblich auf ihre Entscheidungen auswirken wird, da ja alle Länder zumindest eine kurze

Tab. 3: Determinanten der Opportunitätsstrukturen von Frauen

	Elternzeit für Mütter		Betreuungsangebote für Kinder im Alter von 0-2 Jahren				Steuerersatz: Alleinverdienereinfamilie			Besteuerung		
	Dauer der bezahlten Elternzeit (in Wochen)	Max. Dauer (in Wochen)	Anmeldezahlen (Quote)	Durchschnittliche Betreuungsstunden pro Woche	Nettokosten in % des Familieneinkommens	Steuersatz: Alleinverdienereinfamilie	Familienbegünstigung	Nettoeinkommen Doppelverdienereinfamilie 100-33	Nettoeinkommen Doppelverdienereinfamilie 100-67			
	1	2	3	4	5	6	7	8	9			
<i>Sozialdemokratisch</i>												
Dänemark	32,3	64	66	34	8	36	0,87	124	152			
Finnland	35,7	156,5	29	32	7	30	1,00	137	167			
Norwegen	38,8	100	51	33	8	27	0,92	131	161			
Schweden	37,7	60	47	34	6	27	1,00	134	163			
<i>Konservativ</i>												
Österreich	35,3	112	12	19	15	32	0,95	132	158			
Belgien	14,4	28	48	29	4	31	0,74	126	144			
Frankreich	43,8	159,0	42	38	11	22	0,79	133	158			
Deutschland	54,6	162,0	18	31	8	24	0,56	123	144			
Griechenland	25,4	73,3	16	28	5	27	1,01	138	170			
Italien	23,8	46	29	29	-	22	0,75	129	153			
Niederlande	21,3	42	56	23	12	33	0,93	134	162			
Portugal	17	30	47	30	4	15	0,65	129	153			
Spanien	16	162	37	19	-	11	0,59	128	161			
<i>Liberal</i>												
Australien	0	52	29	16	10	23	1,00	126	151			
Kanada	27,5	52	24	20	22	17	0,74	126	152			
Irland	6,6	56	31	31	29	7	0,46	128	152			
GB	12,8	65	41	18	33	24	0,94	135	162			
USA	0	12	31	32	19	11	0,46	126	153			

Anmerkungen: Spalte 1-4: Daten ungefähr für 2008. Spalte 5: bezieht sich auf eine Doppelverdienereinfamilie mit einem Vollzeitarbeitseinkommen von 167 % des Durchschnittsverdienstes im Jahr 2004 und zwei Kindern im Alter von 2 und 3 Jahren in Ganztagsbetreuung. Spalte 6: bezieht sich auf die durchschnittlichen Steuerzahlungen in % des Bruttohaushaltseinkommens im Jahr 2008 eines Paares mit zwei Kindern, bei dem das Bruttoeinkommen eines Partners 100 % des Durchschnittsverdienstes entspricht, während der andere Partner nicht berufstätig ist. Spalte 7: für die Berechnung wurde Spalte 6 durch die durchschnittlichen Steuerzahlungen eines kinderlosen Singles mit einem Bruttoeinkommen in Höhe von 100 % des Durchschnittsverdienstes geteilt. Spalte 8-9: Berechnungen auf der Grundlage von Einkommensteuerdaten zzgl. von Arbeitnehmerbeiträgen sowie abzgl. von Barleistungen in % des Bruttoverdienstes, ein Partner jeweils Vollzeit, ein Partner vollzeiterne (Spalte 8) bzw. vollzeiterne (Spalte 9) Teilzeit.

Quelle: Spalte 1-5: OECD (2012). Spalte 6-7: OECD (2008; 50). Spalte 8-9: eigene Berechnungen auf der Grundlage von OECD-Daten (2008; 52).

Elternzeit ermöglichen. Hausfrauen profitieren hingegen wahrscheinlich von einer langen, großzügig vergüteten Elternzeit.

Die Anmeldezahlen in Betreuungseinrichtungen für Kinder unter drei Jahren (Spalte 3) sowie die durchschnittlich in einer Kindertagesstätte verbrachten Stunden (Spalte 4) ermöglichen im Gegenzug Rückschlüsse auf die Unterstützung adaptiver sowie berufsorientierter Frauen durch den Staat: Je höher die Anmeldezahlen und die Anzahl der Betreuungsstunden sind, desto intensiver werden die Kombinations- sowie die Karrierestrategie in Verbindung mit Kindern gefördert. Je niedriger die Anmeldezahlen und die Anzahl der Betreuungsstunden ausfallen, desto höher ist der Anreiz für berufsorientierte Frauen, kinderlos zu bleiben. Und je niedriger die Anmeldezahlen und die Anzahl der Betreuungsstunden sind, desto stärker ist die Motivation für adaptive Frauen, entweder die Kombinationsstrategie in die Tat umzusetzen, indem sie weniger Kinder bekommen (da es schwierig werden könnte, für mehrere Kinder eine formelle oder informelle Betreuungsmöglichkeit zu finden), oder die Hausfrauen- bzw. Karrierestrategie zu wählen. Das heißt, wenn sich die Umsetzung der Kombinationsstrategie zu schwierig gestaltet oder gar unmöglich ist, müssen sich adaptive Frauen möglicherweise zwischen zwei Alternativen entscheiden: Kinder zu bekommen und auf die Berufstätigkeit zu verzichten oder gar keine Familie zu gründen und berufstätig zu bleiben.

Der Aufbau des Steuersystems lässt insbesondere erkennen, ob familienorientierte und adaptive Frauen gefördert werden und falls ja, in welcher Form. Der Steuersatz für eine Familie, bei der nur einer der Partner einer Vollzeitbeschäftigung nachgeht (Spalte 6), ist ein Indikator für das verfügbare Familieneinkommen: Je niedriger der Steuersatz ist, desto höher fällt das verfügbare Einkommen einer Alleinverdienerfamilie aus und umso besser stehen die Chancen für die Hausfrauen- oder Kombinationsstrategie mit langen beruflichen Pausen. Und je höher der Steuersatz ist, umso größer ist der Druck auf den Zweitverdienenden, ebenfalls eine Beschäftigung auszuüben, und umso stärker wird die Kombinationsstrategie in Verbindung mit einer Teilzeitbeschäftigung gefördert. Für die Berechnung der Familienbegünstigung (Spalte 7) wird der Steuersatz aus Spalte 6 durch den Steuersatz eines kinderlosen Singles geteilt (vgl. *Sainsbury* 1999). Je mehr sich das Ergebnis dem Wert 1 nähert, desto weniger wird das Alleinverdienermodell oder mit anderen Worten die Hausfrauen- bzw. Kombinationsstrategie in Verbindung mit einer längeren Unterbrechung der Berufstätigkeit gefördert. Gleichermaßen gilt der Grundsatz, je weiter das Ergebnis vom Wert 1 entfernt ist, desto intensiver ist die Förderung der Hausfrauen- und Kombinationsstrategie in Verbindung mit längeren beruflichen Pausen. Außerdem (Spalte 8 und 9) untersuchen wir, angelehnt an die *OECD* (2001: 142), wie stark das Nettoeinkommen einer Familie mit zwei Kindern und einem Durchschnittseinkommen (100-0) ansteigt, wenn der andere Partner eine vollzeitferne Teilzeitbeschäftigung (100-33) ausübt oder einer vollzeitnahen Teilzeitarbeit (100-67) nachgeht. Je näher der Anstieg des Nettoeinkommens dem Anstieg des Bruttoeinkommens kommt (jeweils 133 und 167), desto stärker ist der Anreiz für den Zweitverdienenden, ebenfalls einer Beschäftigung nachzugehen, und umso stärker wird die Umsetzung der Kombinationsstrategie in Verbindung mit einer beruflichen Tätigkeit gefördert. Und je geringer der Einkommensanstieg ausfällt, desto

größer ist der Anreiz für die Hausfrauen- oder Kombinationsstrategie mit längeren beruflichen Pausen.

In Bezug auf die Haushaltsressourcen liegen nur wenige passende Makrodaten vor, weshalb ausschließlich die Nettokosten der Kinderbetreuung als Anteil des Haushaltseinkommens einer Doppelverdienerfamilie mit zwei Kindern berücksichtigt wurden (Spalte 5). Die Kinderbetreuungskosten lassen wahrscheinlich gewisse Rückschlüsse zu, wie stark die Strategieentscheidungen adaptiver und berufsorientierter Frauen insbesondere vom Haushaltseinkommen beeinflusst werden: Je höher die Kosten ausfallen, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass die Entscheidungen durch das Einkommen bestimmt werden. So könnten beispielsweise adaptive Frauen mit einem geringen Gehalt dazu angeregt werden, als Hausfrau tätig zu sein, wenn sich eine berufliche Tätigkeit infolge der Kosten der Kinderbetreuung nicht lohnen würde.

In Tabelle 4 sind die Auswirkungen der unterschiedlichen Chancenstrukturen dargestellt. Auch wenn sich die vorgestellte Theorie auf die Heterogenität von Frauen konzentriert und eigentlich mit Hilfe von Längsschnittdaten auf der Mikroebene untersucht werden sollte, sind einige Trends auch anhand der Makrodaten zu erkennen. Die Beschäftigungsmuster von Familien mit dem jüngsten Kind im Alter zwischen 3 und 5 Jahren (Spalte 1-4), liefern Informationen über die tatsächlichen Entscheidungen von Frauen im Hinblick auf Beruf und Familie. Der alters- und paritätsspezifische Fertilitätsindex PATFR (oder TFR) sowie $PATFR_1$ (oder TFR_1) (Spalte 5-6) hingegen gibt die Höhe der zusammengefassten Geburtenziffer und der Erstgeburtenziffer an. Und schließlich gibt der Anteil der Lebendgeburten nach Geburtenfolge (Spalte 7-9) weiteren Aufschluss über Fertilitätstrends.

Für die Organisation der Daten sowie die Diskussion wird die Typologie von *Esping-Andersen* verwendet. Wie die Analyse der Literatur aus dem Bereich der genderspezifischen Wohlfahrtsstaatsforschung in Abschnitt 2 gezeigt hat, gibt es keinen Konsens im Hinblick auf die Gruppierung der einzelnen Länder anhand ihrer Familienpolitik. Doch angesichts der Tatsache, dass sich die Ergebnisse verschiedener Studien aus den letzten beiden Jahrzehnten relativ stark mit der Typologie von *Esping-Andersen* überschneiden, wird sein Rahmen in diesem Beitrag der Klarheit halber verwendet.

4.2.1 Sozialdemokratische Länder

Die Familienpolitik in den sozialdemokratischen Ländern unterstützt die Kombinations- und Karrierestrategie auf Kosten der Hausfrauenstrategie. *Adaptive Frauen* genießen großzügige Elternzeitregelungen, die den Müttern die Möglichkeit geben, für einen längeren Zeitraum zu Hause zu bleiben, ohne sich darüber Sorgen machen zu müssen, dass sie ihren Job verlieren könnten (die bezahlte Elternzeit variiert zwischen etwa 32 Wochen in Dänemark und fast 39 Wochen in Norwegen, wobei die Dauer der unbezahlten Elternzeit – insbesondere in Finnland und Norwegen – noch großzügiger bemessen ist). Gleichzeitig können Mütter dank eines aus-

Tab. 4: Indikatoren für Beschäftigungsmuster und Fertilität

	Beschäftigungsmuster in Familien, deren jüngstes Kind 3-5 Jahre alt ist (%) ^a				Geburtenziffer		Anteil der Lebendgeburten nach Geburtenfolge ^f		
	Beide Elternteile arbeiten in Vollzeit	Ein Eltern- teil arbeitet in Vollzeit	Ein Elternteil arbeitet in Vollzeit, der andere in Teilzeit	Sonstige	Zusammen- gefasst	Erst- geburten	1	2	3+
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
<i>Sozialdemokratisch</i>									
Dänemark	-	-	-	-	1,84 ^e	-	43	37	20
Finnland	63	19	12	7	1,87 ^b	0,79 ^b	42	33	25
Norwegen	-	-	-	-	1,98 ^c	0,87 ^c	43	35	21
Schweden	33	15	43	9	1,94 ^b	0,87 ^b	45	36	19
<i>Konservativ</i>									
Österreich	15	27	51	8	1,41 ^b	0,73 ^b	47	35	18
Belgien	32	23	36	9	1,86 ^e	-	-	-	-
Frankreich	46	24	22	8	1,99 ^e	-	-	-	-
Deutschland	13	30	47	10	1,38 ^d	0,68 ^d	49 ^d	34 ^d	17 ^d
Griechenland	47	44	6	3	1,52 ^c	0,74 ^c	47	38	15
Italien	30	42	22	6	1,41 ^e	-	-	-	-
Niederlande	4	20	62	14	1,79 ^b	0,83 ^b	45	37	18
Portugal	67	22	7	4	1,41 ^b	0,86 ^b	53	35	11
Spanien	38	40	17	5	1,39 ^c	0,77 ^c	57	33	10
<i>Liberal</i>									
Australien	21	30	40	9	1,90 ^e	-	-	-	-
Kanada	-	-	-	-	1,67 ^b	0,78 ^b	-	-	-
Irland	-	-	-	-	2,07 ^e	-	-	-	-
GB	19	28	43	11	1,94 ^e	-	-	-	-
USA	-	-	-	-	2,14 ^b	0,88 ^b	-	-	-

Anmerkungen: ^a Daten ungefähr für 2007; ^b PATFR-Daten für 2009, in Bezug auf Kanada und die USA jedoch für 2007; ^c TFR-Daten für 2009; ^d TFR-Daten für 2008; ^e TFR-Daten für 2009; ^f Daten für 2008, in Bezug auf Dänemark jedoch für 2005.

Quelle: ^{a, e, f} OECD (2012); ^b Human Fertility Database (2012); ^c eigene Berechnungen auf der Grundlage von Eurostat-Daten (2012); ^d Kreyenfeld et al. (2010).

reichenden und bezahlbaren Kinderbetreuungsangebots⁴ ihre berufliche Tätigkeit ohne Probleme bei der Organisation der Kinderbetreuung sowie unabhängig von ihrem Haushaltseinkommen wieder aufnehmen. Adaptive Frauen können daher ihre Berufstätigkeit und die gewünschte Kinderzahl relativ gut miteinander in Einklang bringen, auch wenn sie möglicherweise mit Zwängen – etwa in Form eines sehr begrenzten lokalen Angebots an Teilzeitarbeitsplätzen – konfrontiert werden, die in

⁴ Die Anmeldezahlen in Finnland fallen deutlich niedriger aus; entsprechend der finnischen Gesetzgebung sind die Gemeinden jedoch dazu verpflichtet, für alle Kinder unter drei Jahren einen Betreuungsplatz vorzusehen (Välimäki/Rauhala 2000). Die niedrigen Anmeldezahlen lassen daher nicht auf ein geringes Angebot schließen, sondern deuten vielmehr auf eine eingeschränkte Inanspruchnahme.

Kombination mit den Präferenzen im Hinblick auf die gewünschte Familiengröße, den Kosten von Kindern sowie dem Haushaltseinkommen eine Einschränkung ihrer Fertilität bewirken. Darüber hinaus können *berufsorientierte Frauen* insbesondere aufgrund des hohen Angebots bezahlbarer Betreuungsangebote Kinder bekommen, ohne dass die Mutterschaft ihre Lebensverlaufspläne übermäßig beeinträchtigen muss, weshalb sich die Anzahl kinderloser Frauen wahrscheinlich auf einem niedrigen Niveau bewegt. Die Hausfrauenstrategie hingegen erfährt keine besondere Unterstützung, außer in Dänemark, wo die Familienbegünstigung relativ hoch ausfällt und für die Beschäftigung des Zweitverdienenden keine Anreize geboten werden. In anderen Ländern gestaltet sich die Umsetzung der Hausfrauenstrategie als teuer und schwierig, weshalb viele *familienorientierte* Frauen wahrscheinlich die Kombinationsstrategie wählen. Bei den familienorientierten Frauen, die sich für die Hausfrauenstrategie entscheiden, handelt es sich vermutlich entweder um eine Gruppe von Frauen, deren Haushaltseinkommen hoch genug ist, um ihre Tätigkeit als Hausfrau zu ermöglichen, oder um Frauen, die nur ein niedriges Nebeneinkommen erzielen oder eine Tätigkeit als Hausfrau deutlich vorziehen. In Bezug auf diese Frauen – wie auf Hausfrauen im Allgemeinen – kann man davon ausgehen, dass das Fertilitätsniveau von den Präferenzen im Hinblick auf die gewünschte Familiengröße, den direkten Kosten von Kindern sowie vom Haushaltseinkommen abhängig ist (wie auch im Rahmen der ökonomischen Fertilitätstheorie nahegelegt).

Hinsichtlich der Auswirkungen liegen lediglich für Finnland und Schweden Daten über die Beschäftigungsmuster von Frauen vor. Der relative Anteil der berufstätigen Mütter fällt im länderübergreifenden Vergleich in diesen beiden Ländern am höchsten aus, während die Anzahl der Alleinverdienerfamilien hier am niedrigsten ist. Dabei ist jedoch zu beachten, dass in Finnland häufig beide Partner in Vollzeit arbeiten und Teilzeitarbeit nur eine untergeordnete Rolle spielt, während die Situation in Schweden fast umgekehrt ist. In Finnland ist außerdem ein etwas größerer Anteil der Frauen nicht berufstätig, was wahrscheinlich auf die lange unbezahlte Elternzeit zurückzuführen ist. Mit anderen Worten: Die Daten legen nahe, dass Frauen in Schweden die Kombinationsstrategie häufig in Verbindung mit Teilzeitarbeit umsetzen, während die Kombinationsstrategie in Finnland hauptsächlich durch längere berufliche Pausen gefolgt von einer Rückkehr in die Vollzeittätigkeit realisiert wird. Im Hinblick auf die Familiengröße verzeichnen alle vier nordischen Länder ein relativ hohes Fertilitätsniveau. In Dänemark fällt das Fertilitätsniveau jedoch am niedrigsten aus, was dem theoretischen Analyseraster widerspricht, wenn man bedenkt, dass Dänemark für alle Frauen die größten Anreize bietet, um sich frei nach ihren Präferenzen zu entscheiden. Eine Erklärung für diese Diskrepanz könnten die Präferenzen dänischer Frauen in puncto Lebensstil und Kinderwunsch liefern. Die Erstgeburtensziffern bewegen sich sowohl in Norwegen als auch in Schweden auf einem hohen Niveau, fallen jedoch in Finnland deutlich niedriger aus. Der Anteil an Erstgeburten an den Gesamtgeburten ist in allen Ländern relativ gering (von 42 % in Finnland bis 45 % in Schweden), was darauf schließen lässt, dass viele Frauen mehr als ein Kind bekommen. Dabei ist außerdem zu beachten, dass insbesondere in Finnland der Anteil an Geburten höherer Ordnungsfolge relativ hoch ausfällt, was mit dem höheren Anteil nicht berufstätiger Frauen zusammenhängen könnte:

Die Kombinationsstrategie in Verbindung mit einer Tätigkeit als Hausfrau begünstigt möglicherweise eher größere Familien als die Umsetzung der Kombinationsstrategie in Verbindung mit Teilzeitarbeit.

4.2.2 Konservative Länder

Innerhalb des konservativen Clusters gibt es eine allgemeine Tendenz in Richtung der Hausfrauenstrategie; dementsprechend wird diese Strategie von *familienorientierten Frauen* ebenso wie von vielen *adaptiven Frauen* gewählt. Hausfrauen bekommen wahrscheinlich eine große Anzahl von Kindern, was bedeutet, dass die Paritäts-Progressions-Quote zu Geburten höherer Ordnungsfolge innerhalb des Clusters der konservativen Länder vermutlich höher ausfällt als im sozialdemokratischen Cluster. Einige adaptive Frauen können die Kombinationsstrategie in die Tat umsetzen, benötigen jedoch bei der Betreuung ihrer Kinder in einem großen Maß die Unterstützung durch Freunde und Verwandte. Denn auch wenn die Kinderbetreuungsangebote relativ bezahlbar sind, gestaltet sich die Vereinbarkeit von Beruf und Familie infolge des knappen Angebots unabhängig vom Haushaltseinkommen schwierig. Folglich spielen die Haushaltsressourcen im Hinblick auf die Kinderbetreuung durch Verwandte und Freunde wahrscheinlich eine entscheidende Rolle. Wenn diese Art der Betreuung nicht möglich ist, gewinnt eine Tätigkeit als Hausfrau an Attraktivität. Darüber hinaus entscheiden sich die meisten *berufsorientierten Frauen* ebenso wie einige adaptive Frauen mit hoher Wahrscheinlichkeit für die Karrierestrategie ohne Kinder, was sich in einem relativ hohen Grad der Kinderlosigkeit niederschlägt.

Auch wenn ein allgemeines gemeinsames Muster zu erkennen ist, so existieren doch deutliche Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern hinsichtlich der Funktionsweise des Mechanismus. Sowohl in Österreich als auch in Deutschland wird durch das eingeschränkte Kinderbetreuungsangebot sowie sehr lange Elternzeiten die Hausfrauenstrategie durchgesetzt und unterstützt, und zwar auch bei den adaptiven Frauen. Durch das deutsche Steuersystem wird die Hausfrauenstrategie zusätzlich begünstigt, während das Steuersystem in Österreich die Teilzeitbeschäftigung fördert. Auch in Griechenland wird die Tätigkeit als Hausfrau durch das fehlende Betreuungsangebot gefördert, während adaptive Frauen infolge einer relativ kurzen bezahlten Elternzeit sogar noch weniger Unterstützung erfahren als in Österreich und Deutschland. Darüber hinaus bietet das Steuersystem Anreize für berufstätige Frauen, während Hausfrauen keine Unterstützung erhalten. Was die Auswirkungen betrifft, so ist in Österreich und Deutschland im Vergleich zu den sozialdemokratischen Ländern ein wesentlich größerer Anteil der Mütter nicht berufstätig. Und die Frauen, die in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, arbeiten in den meisten Fällen in Teilzeit, wobei Teilzeitarbeit infolge der steuerlichen Anreize in Österreich etwas häufiger ausgeübt wird als in Deutschland. In Griechenland hingegen ist eine starke Polarisierung zwischen Müttern, die einer Vollzeitbeschäftigung nachgehen, und denjenigen, die zu Hause bleiben, zu beobachten, während Teilzeitarbeit eine eher untergeordnete Rolle spielt. Die zusammengefassten Geburtenziffern sowie die Erstgeburtensziffern bewegen sich in allen Ländern auf einem niedrigen Niveau,

wobei der Anteil an Erstgeburten etwas höher ausfällt als in den sozialdemokratischen Ländern. Mit anderen Worten: Die Daten lassen darauf schließen, dass zahlreiche Frauen die Karrierestrategie ohne Kinder wählen, während die Frauen, die sich für die Kombinationsstrategie entscheiden, eine geringere Anzahl an Kindern bekommen.

In Italien und Spanien wird die Hausfrauenstrategie in erster Linie durch eine zeitlich begrenzte, jedoch gut bezahlte Elternzeit in Verbindung mit einer starken steuerlichen Begünstigung der männlichen Versorgerehe sowohl für familienorientierte als auch für adaptive Frauen interessant. Gleichzeitig ist das Kinderbetreuungsangebot in diesen Ländern besser als in Deutschland, Griechenland und Österreich, so dass für adaptive und berufsorientierte Frauen in gewisser Weise die Chancen steigen, ein Leben entsprechend ihrer Präferenzen zu führen. Was das tatsächliche Verhalten angeht, so bewegt sich der Anteil nicht berufstätiger Mütter in Italien und Spanien auf demselben Niveau wie in Griechenland, was wiederum darauf schließen lässt, dass sich in diesen Ländern viele Frauen tatsächlich relativ häufig für die Hausfrauen- oder Kombinationsstrategie entscheiden und längere Zeit nicht berufstätig sind. Der Anteil von Frauen, die einer Teilzeitbeschäftigung nachgehen, ist niedriger als in Österreich und Deutschland, wohingegen der Anteil der Frauen, die in Vollzeit arbeiten, verhältnismäßig hoch ausfällt. Während also die Frauen in Österreich und Deutschland hauptsächlich durch das eingeschränkte Kinderbetreuungsangebot dazu gezwungen werden, die Hausfrauenstrategie in Verbindung mit einer Teilzeitbeschäftigung zu wählen, erhalten die Frauen in Italien und Spanien durch das etwas bessere Betreuungsangebot scheinbar die Möglichkeit, sich in einem größeren Maß für die Karrierestrategie in Verbindung mit einer Vollzeitstelle zu entscheiden, wobei sie durch die kurze Elternzeit zusätzlich dazu gezwungen werden. Außerdem ist auffällig, dass sich sowohl die zusammengefasste Geburtenziffer als auch die Erstgeburtensziffer in Spanien auf einem niedrigen Niveau bewegen, wobei der Anteil der Geburten erster Ordnungsfolge sehr hoch ist. Anders ausgedrückt: Die Daten legen nahe, dass sich viele Frauen für die Karrierestrategie entscheiden, indem sie keine Kinder oder nur ein Kind bekommen.

Portugal weicht von den Mustern in diesen beiden Ländern ab. Auch wenn die Familienpolitik relativ ähnlich wie in Italien und Spanien strukturiert ist, insofern als die Elternzeit kurz ausfällt und das Steuersystem die männliche Versorgerehe begünstigt, ist das Betreuungsangebot verhältnismäßig gut. Was die Auswirkungen betrifft, so gehen die Mütter in Portugal sogar noch häufiger einer Vollzeitbeschäftigung nach als beispielsweise in Finnland, während sich der Anteil nicht berufstätiger Frauen etwa auf demselben Niveau bewegt wie in Finnland. Teilzeitarbeit spielt im Gegenzug lediglich eine sehr untergeordnete Rolle. Und darüber hinaus fällt die Erstgeburtensziffer trotz einer niedrigen zusammengefassten Geburtenziffer relativ hoch aus. Es handelt sich bei mehr als 50 % der Geburten um Erstgeburten, während lediglich 11 % Geburten dritter oder höherer Ordnungsfolge sind. Mit anderen Worten: Portugiesische Frauen entscheiden sich scheinbar weitestgehend für die Karrierestrategie in Verbindung mit nur einem Kind.

In Belgien und Frankreich hingegen können sich familienorientierte Frauen dank einer steuerlichen Begünstigung der männlichen Versorgerehe für die Hausfrau-

enstrategie entscheiden; gleichzeitig sind jedoch adaptive und berufsorientierte Frauen infolge des guten Angebots bezahlbarer Kinderbetreuung in beiden Ländern sowie angesichts der langen und gut bezahlten Elternzeit in Frankreich dazu in der Lage, nach ihren Präferenzen zu entscheiden. In Belgien fällt die Elternzeit jedoch kürzer aus, weshalb dort die Anreize für die Kombinationsstrategie in Verbindung mit einer Teilzeittätigkeit für adaptive Frauen stärker sind als in Frankreich. Die Beschäftigungszahlen zeigen, dass der Anteil nicht berufstätiger Frauen tatsächlich geringfügig höher ausfällt als in den sozialdemokratischen Ländern (da die Chancen für eine Umsetzung der Hausfrauenstrategie besser sind), jedoch niedriger als beispielsweise in Österreich, Deutschland und Griechenland (da adaptive Frauen nicht dazu gezwungen werden, die Hausfrauenstrategie zu wählen, sondern gute Chancen haben, sich für die Kombinationsstrategie zu entscheiden). Darüber hinaus üben in Belgien mehr Frauen eine Teilzeitbeschäftigung aus als in Frankreich, was mit den Anreizstrukturen der Familienpolitik übereinstimmt. Im Gegenzug lässt der höhere Anteil berufstätiger Mütter in Frankreich, die einer Vollzeitbeschäftigung nachgehen, darauf schließen, dass viele Frauen die Kombinationsstrategie in Verbindung mit einer längeren beruflichen Pause und einer anschließenden Rückkehr in die Vollzeitbeschäftigung umsetzen. Schließlich bewegen sich die Geburtenziffern in beiden Ländern auf demselben Niveau wie in den sozialdemokratischen Ländern; es liegen jedoch bedauerlicherweise keine zuverlässigen Daten über die Höhe der Erstgeburtensziffer oder die Geburtenverteilung nach Ordnungsfolgen der Geburt vor.

In den Niederlanden ist eine gewisse Tendenz in Richtung der Hausfrauenstrategie zu verzeichnen, die auf die Begünstigung der Familie innerhalb des Steuersystems zurückzuführen ist. Im Allgemeinen fördert das Steuersystem jedoch die Teilzeitbeschäftigung, die relativ kurze Elternzeit bietet Anreize für adaptive Frauen, die Kombinationsstrategie in Verbindung mit einer Teilzeitbeschäftigung umzusetzen, und das Angebot an Halbtags-Betreuungseinrichtungen ist ebenso relativ hoch. Entsprechend fällt der Anteil nicht berufstätiger Mütter etwas niedriger aus als in Belgien und Frankreich, ist jedoch immer noch höher als in Schweden und bewegt sich auf dem gleichen Niveau wie in Finnland. Der extrem hohe Anteil an Müttern, die einer Teilzeitbeschäftigung nachgehen (62 %), in Verbindung mit einem sehr geringen Anteil an Müttern, die in Vollzeit arbeiten, lässt sich jedoch nicht allein anhand der Anreizstrukturen erklären. Eine Möglichkeit wäre, dass die Karrierestrategie bei niederländischen Müttern keine besonders beliebte Alternative darstellt, oder dass die Gründung einer Familie von berufsorientierten Frauen nicht sonderlich präferiert wird. In jedem Fall ist die starke Präferenz der Kombinationsstrategie jedoch vermutlich der Hauptgrund für die hohe zusammengefasste Geburtenziffer und Erstgeburtensziffer.

4.2.3 Liberale Wohlfahrtsstaaten

In den liberalen Ländern wird jede der drei Lebensverlaufsstrategien in gewisser Weise unterstützt; die Chancen der Frauen, eine Wahl entsprechend ihren Präferenzen zu treffen, sind jedoch in vielen Fällen von den Haushaltsressourcen abhängig. Die Beschränkungen werden durch die Familienbesteuerung vorgegeben, und zwar

durch die Förderung von Alleinverdienerfamilien sowie der Hausfrauenstrategie, weshalb letztere für *familienorientierte Frauen* leicht in die Tat umzusetzen ist. Angesichts einer schlecht bezahlten Elternzeit sowie fehlender öffentlicher Kinderbetreuungsangebote bei gleichzeitig guter Verfügbarkeit privater, kostenintensiver Kinderbetreuungsmöglichkeiten, ist die Wahl der Lebensverlaufsstrategie adaptiver und berufsorientierter Frauen vermutlich in einem großen Maß von den vorhandenen Ressourcen der Familie abhängig. Viele *adaptive Frauen* können die gewünschte Strategie wählen, wenn sie für ihre Kinder private, kostenpflichtige Betreuungsangebote in Anspruch nehmen (oder die Hilfe ihrer Freunde und Verwandten). Für die adaptiven Frauen, die sich keine private Kinderbetreuung leisten können und nicht von Freunden und Verwandten bei der Kinderbetreuung unterstützt werden, wird die Tätigkeit als Hausfrau eine attraktive Alternative. Zwar bewegen sich die Anmeldezahlen in den Kinderbetreuungseinrichtungen in den liberalen Ländern tatsächlich auf demselben Niveau wie in vielen konservativen Ländern, der Grund für die niedrigen Zahlen ist jedoch wahrscheinlich ein anderer. Das heißt, die niedrigen Anmeldezahlen in den konservativen Ländern sind möglicherweise auf das eingeschränkte öffentliche Kinderbetreuungsangebot zurückzuführen, während sie in den liberalen Ländern auf eine eingeschränkte Inanspruchnahme infolge der hohen Kosten schließen lassen. Wegen der kurzen bezahlten Elternzeit wählen jedoch einige adaptive Frauen vermutlich die Kombinationsstrategie in Verbindung mit einer Teilzeitbeschäftigung, während sich einige eventuell sogar für die Karrierestrategie entscheiden. Schließlich können viele *berufsorientierte Frauen* dank des privaten Kinderbetreuungsangebots so viele Kinder bekommen, wie sie wünschen, so dass sich der Anteil kinderloser Frauen wahrscheinlich auf einem niedrigen oder – mit anderen Worten – auf demselben Niveau wie innerhalb des sozialdemokratischen Clusters bewegt. Infolgedessen ist das allgemeine Fertilitätsniveau relativ hoch. Es gibt allerdings einige Ausnahmen von diesen allgemeinen Mustern. So fällt insbesondere in Kanada die Dauer der bezahlten Elternzeit etwas länger aus als in den anderen Ländern, das Steuersystem in Großbritannien begünstigt eher die kurze Teilzeitarbeit als die Hausfrauenstrategie und in Australien sind die Kinderbetreuungskosten verhältnismäßig niedrig.

Was die Auswirkungen angeht, so gestaltet sich eine detaillierte Beschreibung der Situation in den liberalen Ländern schwierig, da nur sehr wenige Daten zur Verfügung stehen. Die Geburtenziffern bewegen sich in allen Ländern auf einem hohen Niveau, mit Ausnahme von Kanada. Daten über die Erstgeburtenziffern liegen lediglich für Kanada und die USA vor; sie zeigen, dass die niedrige zusammengefasste Geburtenziffer in Kanada teilweise auf eine relativ niedrige Erstgeburtenziffer zurückzuführen ist. In den USA hingegen bewegt sich die Erstgeburtenziffer auf einem verhältnismäßig hohen Niveau. Die Daten zur Frauenbeschäftigungsquote in Australien und Großbritannien lassen im Gegenzug erkennen, dass das tatsächliche Verhalten der Frauen relativ deutlich mit den Anreizstrukturen übereinstimmt. Entsprechend der intensiven Förderung der Hausfrauenstrategie ist der Anteil nicht berufstätiger Frauen ungefähr gleich hoch wie beispielsweise in Österreich und Deutschland. Wie angesichts der eingeschränkten Möglichkeiten zur Inanspruchnahme von Elternzeit zu erwarten, bewegt sich der Anteil der Mütter, die einer Teilzeit-

beschäftigung nachgehen, gleichermaßen auf einem relativ hohen Niveau und lässt darauf schließen, dass die Kombinationsstrategie häufig in Verbindung mit einer Teilzeitstelle umgesetzt wird. Außerdem auffällig ist, dass viele Mütter in Vollzeit arbeiten, was annehmen lässt, dass sich ein verhältnismäßig hoher Anteil von ihnen für die Karrierestrategie entscheidet.

5 Vertiefende Analyse der bisherigen Forschung auf dem Gebiet der Fertilität, Familienpolitik und Berufstätigkeit von Frauen

Wie nützlich ist der oben beschriebene Analyserahmen im Hinblick auf unser Verständnis der bisherigen Forschung auf dem Gebiet der Fertilitätsfaktoren? Hinsichtlich des Verhältnisses zwischen Beruf und Familie gibt es in allen Wohlfahrtsstaaten relativ zuverlässige Belege für den positiven Einfluss der Nichterwerbstätigkeit auf die Fertilität (vgl. Abschnitt 3.1). Dies stimmt mit dem vorstehend aufgezeigten Analyserahmen überein, wenn man bedenkt, dass Hausfrauen und Frauen, die sich für die Kombinationsstrategie entschieden haben, häufig über einen längeren Zeitraum nicht berufstätig sind und entsprechend mehr Kinder bekommen als Frauen, die die Karrierestrategie gewählt haben. Die Ergebnisse der Metaanalyse von *Matysiak* und *Vignoli* (2008) zeigen darüber hinaus, dass der negative Einfluss der Berufstätigkeit auf die Fertilität mit der Parität zunimmt und in den liberalen sowie konservativen Ländern am stärksten ausfällt, während er in den sozialdemokratischen Ländern weniger ausgeprägt ist. Diese Ergebnisse waren auf der Grundlage des vorgestellten Analyserahmens auch zu erwarten. Die erste Feststellung im Hinblick auf den mit der Parität wachsenden negativen Einfluss der Berufstätigkeit zeigt uns im Grunde genommen, dass bei Hausfrauen (die für einen sehr langen Zeitraum nicht berufstätig sind) sowie bei Frauen, die sich für die Kombinationsstrategie entscheiden (und häufig relativ lange keiner Beschäftigung nachgehen), die Wahrscheinlichkeit höher ist, dass sie weitere Kinder bekommen, als bei Frauen, die die Karrierestrategie wählen (und nur sehr selten sowie nur für einen kürzeren Zeitraum nicht berufstätig sind) und oft kinderlos bleiben oder nur ein Kind bekommen. Das zweite Ergebnis stimmt ebenfalls teilweise mit der oben vorgestellten These überein: Da die sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaaten für Frauen, die sich für die Kombinations- oder Karrierestrategie entscheiden (d.h. für berufstätige Mütter), gute Bedingungen schaffen, um Kinder zu bekommen, sollten die negativen Auswirkungen der Berufstätigkeit auf die Fertilität in diesen Ländern weniger stark ausgeprägt sein als in den konservativen Ländern.

Außerdem interessant ist die Tatsache, dass die Auswirkungen der Teilzeit- und Vollzeitarbeit auf die Reproduktion zwischen den Wohlfahrtsstaaten variieren. Im sozialdemokratischen Kontext sind keine größeren Unterschiede in Bezug auf die Auswirkungen von Teilzeit- und Vollzeitbeschäftigungen auf die Reproduktion zu beobachten (Daten über die Zweit- und Drittgeburten in Schweden finden sich bei *Hoem* und *Hoem* 1989, über die Zweitgeburten in Schweden bei *Oláh* 2003, über die Zweitgeburten in Dänemark bei *Brodmann et al.* 2007). Sowohl in den Niederlanden (*Liefbroer* und *Corijn* 1999) als auch in Westdeutschland sowie in Großbritannien

(Daten in Bezug auf Zweitgeburten finden sich bei *Kreyenfeld* und *Zabel* 2005) ist bei Frauen, die einer Teilzeitbeschäftigung nachgehen, die Wahrscheinlichkeit allerdings höher, dass sie Kinder bekommen. Dies stimmt mit der vorstehenden Diskussion überein: In den nordischen Ländern, wo großzügige Elternzeiten längere berufliche Pausen erlauben und das Kinderbetreuungsangebot eine Rückkehr in die Vollzeitbeschäftigung zulässt, setzen adaptive Frauen die Kombinationsstrategie in die Tat um, und zwar sowohl in Verbindung mit einer Teilzeit- als auch einer Vollzeitbeschäftigung. Dies könnte eine Erklärung dafür sein, warum zwischen Frauen, die in Teilzeit arbeiten, und solchen, die einer Vollzeitbeschäftigung nachgehen, keine größeren Unterschiede festzustellen sind. In den Niederlanden, in Deutschland sowie in Großbritannien, wo adaptive Frauen die Kombinationsstrategie in erster Linie in Kombination mit einer Teilzeitstelle umsetzen, und wo Mütter, die in Vollzeit arbeiten, in einem größeren Maß die Karrierestrategie gewählt haben, wundert es hingegen nicht, dass ein positiver Einfluss der Teilzeitbeschäftigung auf die Fertilität zu beobachten ist.

In puncto Familienpolitik und Fertilität kommen zahlreiche Studien zu dem Ergebnis, dass sich die Kinderbetreuung – unabhängig vom wohlfahrtsstaatlichen Kontext – positiv auf die Fertilität auswirkt (Daten über die Drittgeburten in Norwegen finden sich bei *Kravdal* 1996, über die Reproduktion in Italien bei *Del Boca* 2002, über die Zweitgeburtenhäufigkeit in Schweden bei *Oláh* 2003, über das Fertilitätsniveau in der Schweiz bei *Bonoli* 2008, über die Geburten erster und höherer Ordnungsfolge in Spanien bei *Baizán* 2009, über das Fertilitätsniveau in Norwegen bei *Rindfuss et al.* 2010). Ebenso kommen mehrere Studien zu dem Schluss, dass sich eine Verlängerung der Elternzeit bzw. des sogenannten Erziehungsurlaubs oder eine Erhöhung der entsprechenden Vergütung positiv auf die Fertilität auswirkt (Daten über das Timing von Drittgeburten in Österreich finden sich bei *Hoem et al.* 2001, über das Timing von Zweit- und Drittgeburten in Norwegen bei *Aassve* und *Lappegård* 2009, über die positiven Auswirkungen sowohl auf das Tempo als auch auf das Quantum der Fertilität in Österreich bei *Lalive* und *Zweimüller* 2009). Da außerdem adaptive und berufsorientierte Frauen durch das Kinderbetreuungsangebot zu beeinflussen sind und adaptive sowie familienorientierte Frauen positiv auf eine großzügige Elternzeit reagieren, stimmen die Ergebnisse mit dem vorgestellten Analyserahmen überein. Dabei ist zu beachten, dass die positiven Auswirkungen einer Verlängerung der Elternzeit in Finnland nachweislich mit der Parität zunehmen (*Rønsen* 2004). Ein naheliegender Grund ist die Tatsache, dass eine Verlängerung der Elternzeit bessere Voraussetzungen schafft, insbesondere für familienorientierte und adaptive Frauen, die daraufhin mehr Kinder bekommen; bei berufsorientierten Frauen, die oft nur ein Kind bekommen, zeigt eine solche Maßnahme hingegen keine Wirkung, da diese bereits gute Chancen haben, ihre präferierte Strategie in die Tat umzusetzen.

Im Hinblick auf die Aufteilung unbezahlter Hausarbeit gibt es mehrere Studien, die den positiven Einfluss einer gerechteren Aufteilung unbezahlter Hausarbeit auf die Fertilität belegen (Daten über die Zweitgeburten in den USA finden sich bei *Torr* und *Short* 2004, in Deutschland bei *Cooke* 2004, in Dänemark bei *Brodmann et al.* 2007, in Spanien und Italien bei *Cooke* 2008) oder zeigen, dass die Wahrscheinlichkeit der Geburt weiterer Kinder steigt, wenn der Vater Elternzeit in Anspruch nimmt

(Daten über die Zweitgeburten in Schweden und Ungarn finden sich bei *Oláh* 2003, über Zweit- und Drittgeburten in Schweden bei *Duvander* und *Andersson* 2006). Eine mögliche Interpretation dieser Ergebnisse wäre, dass die erhöhte Geburtenwahrscheinlichkeit darauf schließen lässt, dass bei adaptiven Frauen die Wahrscheinlichkeit einer höheren Parität steigt, wenn sie einen Partner haben, der sie bei einer reibungslosen Umsetzung ihrer Präferenzen unterstützt. *Torr* und *Short* (2004) berichten jedoch, dass in Familien, in denen die Hausarbeit in erster Linie von der Frau erledigt wird, ebenfalls eine erhöhte Wahrscheinlichkeit von Zweitgeburten zu beobachten ist, während *Cooke* (2004) aufzeigt, dass die Zweitgeburtenwahrscheinlichkeit steigt, je mehr Zeit die Frauen für die Kinderbetreuung aufwenden. Mit anderen Worten: Diese Ergebnisse lassen darauf schließen, dass bei Hausfrauen, die sich vermutlich größtenteils mit der Erledigung der Hausarbeit beschäftigen, die Wahrscheinlichkeit höherer Paritäten steigt. *Duvander* und *Andersson* (2006) erläutern außerdem, dass die Geburtenwahrscheinlichkeit bei einer Inanspruchnahme der Elternzeit durch die Mutter im Hinblick auf Zweitgeburten umgekehrt U-förmig (d.h. die Wahrscheinlichkeit ist bei den Müttern am niedrigsten, die eine möglichst kurze oder möglichst lange Elternzeit nehmen) sowie in Bezug auf Drittgeburten J-förmig verläuft. Die geringe Wahrscheinlichkeit von Zweitgeburten bei Müttern, die für ihr erstes Kind nur eine kurze Elternzeit in Anspruch nehmen, ist möglicherweise den Frauen zuzuschreiben, die sich für die Karrierestrategie entscheiden und vermutlich die kürzeste Elternzeit in Anspruch nehmen und häufig nur ein Kind bekommen. Ebenso macht der J-förmige Verlauf von Drittgeburten deutlich, dass bei Frauen, die die Hausfrauen- oder Kombinationsstrategie wählen und vermutlich die längste Elternzeit in Anspruch nehmen, die Wahrscheinlichkeit höherer Paritäten am größten ist. Es bleibt jedoch unklar, warum eine lange Elternzeit in Verbindung mit dem ersten Kind eine geringere Wahrscheinlichkeit von Zweitgeburten begründen sollte, oder warum eine kurze Elternzeit in Zusammenhang mit dem zweiten Kind die Wahrscheinlichkeit von Drittgeburten erhöhen sollte.

6 Schlussfolgerungen

Im ersten Teil des Beitrages wurden die möglichen Erkenntnisse diskutiert, die Demografen aus der genderspezifischen Wohlfahrtsstaatsforschung ziehen können. Von diesem Überblick wurden jedoch einige Perspektiven der Fertilität ausgeschlossen, die beispielsweise die Rolle der Werte betonen (*van de Kaa* 1987, 2002; *Lestaeghe/Surkyn* 2004) oder die Art und Weise, mit der sich die früheren Fertilitäts- und Bevölkerungsstrukturen auf die aktuellen Fertilitätsideale und -entscheidungen auswirken (*Lutz/Skirbekk* 2005; *Lutz et al.* 2006). Daher gibt es neben den oben genannten Aspekten vermutlich zahlreiche weitere Möglichkeiten, wie Demografen Vorteile aus der Wohlfahrtsstaatsforschung ziehen können. Darüber hinaus ist die vorstehende Analyse relativ grob, weshalb weitere Beiträge zu diesem Thema näher ins Detail gehen sollten. Abschließend ist zu beachten, dass, auch wenn sich dieser Beitrag darauf konzentriert, welche Erkenntnisse Demografen aus der Wohlfahrtsstaatsforschung ziehen können, natürlich auch die Frage von Bedeutung ist, was die

Wohlfahrtsstaatsforscher von den Demografen lernen können. Alles in allem ist ein weiterer Austausch zwischen diesen beiden Disziplinen zu empfehlen.

Im zweiten Teil des Beitrages wird ein neuer Analyserahmen entwickelt, der die Rolle der Präferenzen, der Familienpolitik sowie der Haushaltsressourcen im Hinblick auf die Entscheidungen von Frauen betont. Mit anderen Worten: Die Analyse konzentriert sich lediglich auf einige wenige Variablen, obwohl im Rahmen einer Analyse der Fertilitätsfaktoren zahlreiche weitere Variablen identifiziert wurden, die bei den Entscheidungen im Hinblick auf das Kinderkriegen eine Rolle spielen. Persönliche Variablen wie etwa Werte (*van de Kaa* 2001), die Anzahl der eigenen Geschwister (*Murphy/Knudsen* 2002; *Kreyenfeld* 2004), die eigene Religion (*Adsera* 2006) oder die der Eltern (*Branas-Garza/Neuman* 2006; *Berghammer* 2009) und sonstige ähnliche Aspekte, die sich nachweislich auf die Fertilität auswirken, können teilweise jedoch ebenfalls eine Rolle in Form von Präferenzen spielen, die sich auf den gewünschten Lebensstil von Frauen auswirken. Andere fertilitätsrelevante Faktoren wie beispielsweise der Grad (*Kreyenfeld* 2002, 2004) und der Bereich (*Hoem et al.* 2006a/b) der Bildung könnten im Gegenzug zumindest bis zu einem gewissen Maß durch den präferierten Lebensstil bestimmt werden. Die Entscheidungen der einzelnen Frauen unterliegen letztendlich natürlich auch dem Einfluss anderer Faktoren wie Schwierigkeiten bei der Suche nach einem geeigneten Partner (*Tanturri/Mencarini* 2008), Unfruchtbarkeit oder unterschiedliche Ansichten der Partner im Hinblick auf die Anzahl der gewünschten Kinder (*Voas* 2003); diese Faktoren können sogar zu weiteren ausgeprägten Mustern innerhalb der Gesamtbevölkerung beitragen. Dabei werden zwar nicht alle Frauen mit diesen Problemen und Situationen konfrontiert, aber alle Frauen müssen ihre Entscheidungen innerhalb der Strukturen treffen, die durch die Familienpolitik und die Haushaltsressourcen bestimmt werden. Um es mit anderen Worten auszudrücken: Was ich in diesem Zusammenhang herausstellen möchte, ist, dass wir die heterogenen Präferenzen von Frauen erkennen müssen, verstehen müssen, wie sich die Kontextfaktoren auf den Lebensverlauf von Frauen auswirken und sorgfältig analysieren müssen, wie aus Präferenzen Entscheidungen erwachsen, um die Fertilitätsunterschiede zwischen den einzelnen Ländern verstehen zu können. Dabei spielt es zwar eine Rolle, wie andere Variablen mit diesem „Gesamtbild“ in Zusammenhang stehen, es ist jedoch unwahrscheinlich, dass Faktoren wie Entscheidungen in Bezug auf den Bildungsbereich oder unterschiedliche Präferenzen zwischen den Partnern deutlich unterschiedlich ausfallen oder in einigen Ländern weiter verbreitet wären als in anderen, weshalb diese Variablen vermutlich weniger dazu geeignet sind, die Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern im Hinblick auf die Fertilität zu erklären.

Danksagung

Dieser Beitrag ist eine überarbeitete Version eines Kapitels meiner Dissertation an der Universität Heidelberg. Ich möchte mich bei meinem Doktorvater Prof. Uwe Wagschal für seine wertvollen Ratschläge sowie bei zwei anonymen Gutachtern für ihre hilfreichen Kommentare und Vorschläge bedanken. Auch die Gespräche mit Thomas Metz waren für diesen Beitrag von großem Nutzen.

Literatur

- Aassve, Arnstein; Lappegård, Trude* 2009: Childcare Cash Benefits and Fertility Timing in Norway. In: *European Journal of Population* 25,1: 67-88 [doi: 10.1007/s10680-008-9158-6].
- Adsera, Alicia* 2006: Religion and changes in family-size norms in developed countries. In: *Review of Religious Research* 47,3: 271-286.
- Ahn, Namkee; Mira, Pedro* 2002: A note on the changing relationship between fertility and female employment rates in developed countries. In: *Journal of Population Economics* 15,4: 667-682 [doi: 10.1007/s001480100078].
- Andersson, Gunnar* 2000: The Impact of Labour-Force Participation on Childbearing Behaviour: Pro-Cyclical Fertility in Sweden during the 1980s and the 1990s. In: *European Journal of Population* 16,4: 293-333 [doi: 10.1023/A:1006454909642].
- Andersson, Gunnar; Hoem, Jan M.; Duvander, Ann-Zofie* 2006: Social differentials in speed-premium effects in childbearing in Sweden. In: *Demographic Research* 14,4: 51-70 [doi: 10.4054/DemRes.2006.14.4].
- Anttonen, Anneli; Sipilä, Jorma* 1996: European Social Care Services: Is it Possible To Identify Models? In: *Journal of European Social Policy* 6,2: 87-100 [doi: 10.1177/095892879600600201].
- Apps, Patricia; Rees, Ray* 2004: Fertility, Taxation and Family Policy. In: *Scandinavian Journal of Economics* 106,4: 745-763 [doi: 10.1111/j.0347-0520.2004.00386.x].
- Arts, Wilhelmus Antonius; Gelissen, John* 2002: Three worlds of welfare capitalism or more? A state-of-the-art report. In: *Journal of European Social Policy* 12,2: 137-158 [doi: 10.1177/0952872002012002114].
- Baizán, Pau* 2009: Regional child care availability and fertility decisions in Spain. In: *Demographic Research* 21: 803-842 [doi: 10.4054/DemRes.2009.21.27].
- Becker, Gary S.* 1960: An Economic Analysis of Fertility. In: *Demographic and Economic Change in Developed Countries*. National Bureau of Economic Research, conference series 11. Princeton, N.J.: Princeton University Press: 209-231.
- Becker, Gary S.* 1981/1991: *A Treatise on the Family*. Cambridge MA: Harvard University Press.
- Becker, Gary S.; Lewis, H. Gregg* 1973: On the Interaction between the Quantity and Quality of Children. In: *The Journal of Political Economy* 81,2: 279-288.
- Beets, Gijs C.N.; Liefbroer, Aart C.; Jong Gierveld, Jenny de* 1997: Combining employment and parenthood: A longitudinal study of intentions of Dutch young adults. In: *Population Research and Policy Review* 16,5: 457-474 [doi: 10.1023/A:1005895302226].
- Berghammer, Caroline* 2009: Religious Socialisation and Fertility: Transition to Third Birth in The Netherlands. In: *European Journal of Population* 25,3: 297-324 [doi: 10.1007/s10680-009-9185-y].
- Berinde, Diana* 1999: Pathways to a Third Child in Sweden. In: *European Journal of Population* 15,4: 349-378 [doi: 10.1023/A:1006287630064].
- Bernhardt, Eva M.* 2000: Female Careers between Employment and Children. Paper presented at the seminar "Low fertility, families and public policies", organized by the European Observatory on Family Matters in Sevilla, September 15.-16. 2000.
- Bettio, Francesca; Plantenga, Janneke* 2004: Comparing care regimes in Europe. In: *Feminist Economics* 10,1: 85-113 [doi: 10.1080/1354570042000198245].

- Bonoli, Giuliano* 2008: The impact of social policy on fertility: evidence from Switzerland. In: *Journal of European Social Policy* 18,1: 64-77 [doi: 10.1177/0958928707081074].
- Borchorst, Anette; Siim, Birte* 2008: Woman-friendly policies and state feminism: Theorizing Scandinavian gender equality. In: *Feminist Theory* 9,2: 207-224 [doi: 10.1177/1464700108090411].
- Brañas-Garza, Pablo; Neuman, Shoshana* 2006: Is Fertility Related to Religiosity? Evidence from Spain. IZA Discussion Paper No. 2192 [http://hdl.handle.net/10419/34105, 14.10.2013].
- Breton, Didier; Prioux, France* 2009: The one-child family: France in the European context. In: *Demographic Research* 20,27: 657-692 [doi: 10.4054/DemRes.2009.20.27].
- Brewster, Karin L.; Rindfuss, Ronald R.* 2000: Fertility and women's employment in industrialized nations. In: *Annual Review of Sociology* 26: 271-296 [doi: 10.1146/annurev.soc.26.1.271].
- Brodmann, Stefanie; Esping-Andersen, Gøsta; Güell, Maia* 2007: When Fertility is Bargained: Second Births in Denmark and Spain. In: *European Sociological Review* 23,5: 599-613 [doi: 10.1093/esr/jcm025].
- Castles, Francis G.* 2003: The World Turned Upside Down: Below Replacement Fertility, Changing Preferences and Family-Friendly Public Policy in 21 OECD Countries. In: *Journal of European Social Policy* 13,3: 209-227 [doi: 10.1177/09589287030133001].
- Cooke, Lynn Prince* 2004: The Gendered Division of Labor and Family Outcomes in Germany. In: *Journal of Marriage and Family* 66,5: 1246-1259 [doi: 10.1111/j.0022-2445.2004.00090.x].
- Cooke, Lynn Prince* 2008: Gender Equity and Fertility in Italy and Spain. In: *Journal of Social Policy* 38,1: 123-140 [doi: 10.1017/S0047279408002584].
- Crompton, Rosemary; Harris, Fiona* 1998a: Explaining Women's Employment Patterns: 'Orientations to Work' Revisited. In: *The British Journal of Sociology* 49,1: 118-136 [http://www.jstor.org/stable/591266, 14.10.2013].
- Crompton, Rosemary; Harris, Fiona* 1998b: A Reply to Hakim. In: *The British Journal of Sociology* 49,1: 144-149.
- Crompton, Rosemary; Lyonette, Clare* 2005: The new gender essentialism – domestic and family 'choices' and their relation to attitudes. In: *The British Journal of Sociology* 56,4: 601-620 [doi: 10.1111/j.1468-4446.2005.00085.x].
- Daly, Mary; Lewis, Jane* 2000: The concept of social care and the analysis of contemporary welfare states. In: *British Journal of Sociology* 51,2: 281-298 [doi: 10.1111/j.1468-4446.2000.00281.x].
- De Henau, Jérôme; Meulders, Danièle; O'dorchai, Síle* 2006: The childcare triad? Indicators assessing three fields of child policies for working mothers in the EU-15. In: *Journal of Comparative Policy Analysis: Research and Practice* 8,2: 129-148 [doi: 10.1080/13876980600682162].
- Debacker, Maja* 2008: Care strategies among high- and low-skilled mothers: a world of difference? In: *Work, employment and society* 22,3: 527-545 [doi: 10.1177/0950017008093476].
- Del Boca, Daniela* 2002: The effect of child care and part time opportunities on participation and fertility decisions in Italy. In: *Journal of Population Economics* 15,3: 549-573 [doi: 10.1007/s001480100089].
- Dingeldey, Irene* 2001: European Tax Systems and their Impact on Family Employment Patterns. In: *Journal of Social Policy* 30,4: 653-672.

- Doorewaard, Hans; Hendrickx, John; Verschuren, Piet* 2004: Work Orientations of Female Returners. In: *Work, employment and society* 18,1: 7-27 [doi: 10.1177/0950017004038387].
- Duvander, Ann-Zofie; Andersson, Gunnar* 2006: Gender Equality and Fertility in Sweden: A Study on the Impact of the Father's Uptake of Parental Leave on Continued Childbearing. In: *Marriage and Family Review* 39,1/2: 121-142 [doi: 10.1300/J002v39n01_07].
- Esping-Andersen, Gøsta* 1990: *The Three Worlds of Welfare Capitalism*. Cambridge: Policy Press.
- Esping-Andersen, Gøsta* 1999: The Household Economy. In: *Esping-Andersen, Gøsta* (Hrsg.): *Social Foundations of Postindustrial Economies*. Oxford University Press [doi: 10.1093/0198742002.003.0004].
- Eurostat* 2012: New Cronos Database [doi: 10.5257/eurostat/nc/2012-04-25].
- Evans, M.D.R.; Kelley, Jonathan* 2001: Employment for mothers of pre-school children: Evidence from Australia and 23 other nations. In: *People and Place* 9,3: 28-40.
- Fagnani, Jeanne* 2007: Fertility Rates and Mothers' Employment Behaviour in Comparative Perspective: Similarities and Differences in Six European Countries. In: *Crompton, Rosemary; Lewis, Suzan; Lyonette, Clare* (Hrsg.): *Women, Men, Work and Family in Europe*. Palgrave Macmillan.
- Fraser, Nancy* 1994: After the Family Wage: Gender Equity and the Welfare State. In: *Political Theory* 22,4: 591-618 [doi: 10.1177/0090591794022004003].
- Gash, Vanessa* 2008: Preference or constraint? Part-time workers' transitions in Denmark, France and the United Kingdom. In: *Work, employment and society* 22,4: 655-674 [doi: 10.1177/0950017008096741].
- Gauthier, Anne H.* 2007: The Impact of family policies on fertility in industrialized countries: a review of the literature. In: *Population Research and Policy Review* 26,3: 323-346 [doi: 10.1007/s11113-007-9033-x].
- González, María-José; Jurado-Guerrero, Teresa* 2006: Remaining childless in affluent economies: a comparison of France, West Germany, Italy and Spain, 1994-2001. In: *European Journal of Population* 22,4: 317-352 [doi: 10.1007/s10680-006-9000-y].
- Gustafsson, Siv* 1992: Separate taxation and married women's labor supply. A comparison of West Germany and Sweden. In: *Journal of Population Economics* 5,1: 61-85 [doi: 10.1007/BF00160329].
- Hakim, Catherine* 1998: Developing a Sociology for the Twenty-First Century: Preference Theory. In: *The British Journal of Sociology* 49,1: 137-143 [doi: 10.2307/591267].
- Hakim, Catherine* 2000: *Work-Lifestyle Choices in the 21st Century: Preference Theory*. Oxford: Oxford University Press.
- Hakim, Catherine* 2002: Lifestyle Preferences as Determinants of Women's Differentiated Labor Market Careers. In: *Work and Occupations* 29,4: 428-459 [doi: 10.1177/0730888402029004003].
- Hakim, Catherine* 2003a: A New Approach to Explaining Fertility Patterns: Preference Theory. In: *Population and Development Review* 29,3: 349-374 [doi: 10.1111/j.1728-4457.2003.00349.x].
- Hakim, Catherine* 2003b: *Models of the Family in Modern Societies: Ideals and Realities*. Aldershot: Ashgate.
- Hakim, Catherine* 2003c: Public morality versus personal choice: the failure of social attitude surveys. in: *British Journal of Sociology* 54,3: 339-345 [doi: 10.1111/j.1468-4446.2003.00339.x].

- Hakovirta, Mia; Salin, Milla* 2006: Valinta vai pakko? Kansainvälinen vertailu äitien preferoiman ja toteutuneen työmarkkina-aseman yhteydestä. In: *Janus* 14,3: 255-271.
- Henninger, Annette; Wimbauer, Christine; Dombrowski, Rosine* 2008: Demography as a Push toward Gender Equality? Current Reforms of German Family Policy. *Social Politics* 15,3: 287-314 [doi: 10.1093/sp/jxn015].
- Hernes, Helga Maria* 1987/1989: Wohlfahrtsstaat und Frauenmacht. Essays über die Feminisierung des Staates. Baden-Baden: Nomos.
- Hoem, Britta* 2000: Entry into motherhood in Sweden: the influence of economic factors on the rise and fall in fertility, 1986-1997. In: *Demographic Research* 2 [doi: 10.4054/DemRes.2000.2.4].
- Hoem, Britta; Hoem, Jan M.* 1989: The Impact of Women's Employment on Second and Third Births in Modern Sweden. In: *Population Studies* 43,1: 47-67 [doi: 10.1080/0032472031000143846].
- Hoem, Jan M.; Neyer, Gerda; Andersson, Gunnar* 2006a: Education and childlessness. The relationship between educational field, educational level, and childlessness among Swedish women born in 1955-59. In: *Demographic Research* 14,15: 331-380 [doi: 10.4054/DemRes.2006.14.15].
- Hoem, Jan M.; Neyer, Gerda; Andersson, Gunnar* 2006b: Educational attainment and ultimate fertility among Swedish women born in 1955-59. In: *Demographic Research* 14,16: 381-404 [doi: 10.4054/DemRes.2006.14.16].
- Hoem, Jan M.; Prskawetz, Alexia; Neyer, Gerda* 2001: Autonomy or conservative adjustment? The effect of public policies and educational attainment on third births in Austria, 1975-96. In: *Population Studies* 55,3: 249-261 [doi: 10.1080/00324720127700].
- Human Fertility Database* 2012: Max Planck Institute for Demographic Research (Germany) and Vienna Institute of Demography (Austria) [URL: www.humanfertility.org, March-May 2012].
- Kan, Man Yee* 2007: Work Orientation and Wives' Employment Careers: An Evaluation of Hakim's Preference Theory. In: *Work and Occupations* 34,4: 430-462 [doi: 10.1177/0730888407307200].
- Kangas, Olli; Rostgaard, Tine* 2007: Preferences or institutions? Work family life opportunities in seven European countries. In: *Journal of European Social Policy* 17,3: 240-256 [doi: 10.1177/0958928707078367].
- Klein, Thoma; Eckhard, Jan* 2007: Educational Differences, Value of Children and Fertility Outcomes in Germany. In: *Current Sociology* 55,4: 505-525 [doi: 10.1177/0011392107077636].
- Knijn, Trudie; Ostner, Ilona* 2002: Commodification and de-commodification. In: *Hobson, Barbara; Lewis, Jane; Siim, Birte* (Hrsg.): *Contested concepts in gender and social politics*. Cheltenham: Edward Elgar.
- Köppen, Katja* 2006: Second births in western Germany and France. In: *Demographic Research* 14: 295-330 [doi: 10.4054/DemRes.2006.14.14].
- Kravdal, Øystein* 1996: How the local supply of day-care centers influences fertility in Norway: A parity-specific approach. In: *Population Research and Policy Review* 15,3: 201-218 [doi: 10.1007/BF00127049].
- Kreyenfeld, Michaela* 2002: Time-squeeze, partner effect or self-selection? An investigation into the positive effect of women's education on second birth risks in West Germany. In: *Demographic Research* 7: 15-48 [doi: 10.4054/DemRes.2002.7.2].

- Kreyenfeld, Michaela* 2004: Fertility Decisions in the FRG and GDR: An Analysis with Data from the German Fertility and Family Survey. In: Demographic Research, Special collection 3,11: 276-318 [doi: 10.4054/DemRes.2004.S3.11].
- Kreyenfeld, Michaela; Zabel, Cordula* 2005: Female Education and the Second Child: Great Britain and Western Germany Compared. *Schmollers Jahrbuch. Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften* 125,1: 145-156.
- Kreyenfeld, Michaela; Scholtz, Rembrandt; Peters, Frederik; Wlosnewski, Ines* 2010: Order-Specific Fertility Rates for Germany Estimates from Perinatal Statistics for the Period 2001-2008. In: Comparative Population Studies – Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 35,2: 207-224 [doi: 10.4232/10.CPoS-2010-06en].
- Lalive, Rafael; Zweimüller, Josef* 2009: How does parental leave affect fertility and return to work? Evidence from two natural experiments. In: The Quarterly Journal of Economics 124,3: 1363-1402 [doi: 10.1162/qjec.2009.124.3.1363].
- Lee, Christina; Gramotnev, Helen* 2006: Motherhood Plans among Young Australian Women: Who Wants Children These Days? In: Journal of Health Psychology 11,1: 5-20 [doi: 10.1177/1359105306058838].
- Leitner, Andrea; Wroblewski, Angela* 2006: Welfare states and work-life balance. In: European Societies 8,2: 295-317 [doi: 10.1080/14616690600645092].
- Leitner, Sigrid* 2003: Varieties of Familialism. The caring function of the family in comparative perspective. In: European Societies 5,4: 353-375 [doi: 10.1080/1461669032000127642].
- Leitner, Sigrid; Lessenich, Stephan* 2007: (In)Dependence as dependent variable: conceptualizing and measuring 'de-familialization'. In: *Clasen, Jochen; Siegel, Nico A.* (Hrsg.): Investigating Welfare State Change. The 'Dependent Variable Problem' in Comparative Analysis. Cheltenham: Edward Elgar [doi: 10.4337/9781847206916.00022].
- Lesthaeghe, Ron; Surkyn, Johan* 2004: When History moves on: The Foundations and Diffusion of a Second Demographic Transition. Seminar on Ideational Perspectives on International Family Change, Population Studies Center, Institute for Social Research (ISR). University of Michigan, Ann Arbor MI, June 2004.
- Lewis, Jane*, 1992: Gender and the Development of Welfare Regimes. In: Journal of European Social Policy 2,3: 159-173 [doi: 10.1177/095892879200200301].
- Lewis, Jane*, 1997: Gender and Welfare Regimes: Further Thoughts. In: Social Politics 4,2:160-177 [doi: 10.1093/sp/4.2.160].
- Lewis, Jane; Campbell, Mary; Huerta, Carmen* 2008: Patterns of paid and unpaid work in Western Europe: gender, commodification, preferences and the implications for policy. In: Journal of European Social Policy 18,1: 21-37 [doi: 10.1177/0958928707084450].
- Liefbroer, Aart C.; Corijn, Martine* 1999: Who, What, Where, and When? Specifying the Impact of Educational Attainment and Labour Force Participation on Family Formation. In: European Journal of Population 15,1: 45-75 [doi: 10.1023/A:1006137104191].
- Lister, Ruth* 1994: She has other duties – Women, citizenship and social security. In: *Baldwin, Sally; Falkingham, Jane* (Hrsg.): Social Security and Social Change: New Challenges to the Beveridge Model. New York: Harvester Wheatsheaf.
- Lutz, Wolfgang; Skirbekk, Vegard* 2005: Policies Addressing the Tempo Effect in Low-Fertility Countries. In: Population and Development Review 31,4: 699-720 [doi: 10.1111/j.1728-4457.2005.00094.x].

- Lutz, Wolfgang; Skribekk, Vegard; Testa, Maria Rita* 2006: The Low-Fertility Trap Hypothesis: Forces that May Lead to Further Postponement and Fewer Births in Europe. In: Vienna Yearbook of Population Research 2006: 167-192 [doi: 10.1553/population-yearbook2006s167].
- Matysiak, Anna; Vignoli, Daniele* 2008: Fertility and Women's Employment: A Meta-analysis. In: European Journal of Population 24,4: 363-384.
- Mazur, Amy G.* 2002: Theorizing feminist policy. Oxford: Oxford University Press [doi: 10.1093/0199246726.001.0001].
- McDaniel, Susan A.* 1996: Toward a Synthesis of Feminist and Demographic Perspectives on Fertility. In: The Sociological Quarterly 37,1: 83-104 [doi: 10.1111/j.1533-8525.1996.tb02332.x].
- McDonald, Peter* 2000a: Gender Equity, Social Institutions and the Future of Fertility. In: Journal of Population Research 17,1: 1-16 [doi: 10.1007/BF03029445]
- McDonald, Peter* 2000b: Gender Equity in Theories of Fertility Transition. In: Population and Development Review 26,3: 427-439 [doi: 10.1111/j.1728-4457.2000.00427.x].
- McDonald, Peter* 2002: Sustaining Fertility through Public Policy: The Range of Options. In: Population, English Edition 57,3: 417-446 [doi: 10.2307/3246634].
- McLaughlin, Eithne; Glendinning, Caroline* 1994: Paying for Care in Europe: Is There a Feminist Approach? In: *Hantrais, Linda; Mangen, Steen* (Hrsg.): Family Policy and the Welfare of Women. Cross-National Research Papers. University of Loughborough.
- McRae, Susan* 2003a: Constraints and choices in mothers' employment careers: a consideration of Hakim's Preference Theory. In: The British Journal of Sociology 54,3: 317-338 [doi: 10.1111/j.1468-4446.2003.00317.x].
- McRae, Susan* 2003b: Choice and constraints in mothers' employment careers: McRae replies to Hakim. In: The British Journal of Sociology 54,4: 585-592 [doi: 10.1111/j.1468-4446.2003.00585.x].
- Murphy, Michael; Lisbeth B.* 2002: The intergenerational transmission of fertility in contemporary Denmark: The effects of number of siblings (full and half), birth order, and whether male or female. In: Population Studies 56,3: 235-248 [doi: 10.1080/00324720215937].
- Neyer, Gerda* 2006: Family policies and fertility in Europe: Fertility policies at the intersection of gender policies, employment policies and care policies. MPIDR Working Paper WP 2006-010 [URL: <http://www.demogr.mpg.de/papers/working/wp-2006-010.pdf>, 15.10.2013].
- Neyer, Gerda* 2011: Should governments in Europe be more aggressive in pushing for gender equality to raise fertility? The second "NO". In: Demographic Research 24,10: 225-250 [doi: 10.4054/DemRes.2011.24.10].
- Obinger, Herbert; Wagschal, Uwe* 1998: Drei Welten des Wohlfahrtsstaates? Das Stratifizierungskonzept in der clusteranalytischen Überprüfung. In: *Lessenich, Stephan; Ostner, Ilona* (Hrsg.): Welten des Wohlfahrtskapitalismus. Der Sozialstaat in vergleichender Perspektive. Frankfurt a.M.: Campus.
- OECD* 2001: Employment Outlook 2001 [doi:10.1787/empl_outlook-2001-en].
- OECD* 2008: Taxing Wages 2007-2008. Paris: OECD.
- OECD* 2012: Family Database. Paris: OECD [URL: <http://www.oecd.org/els/soc/oecd-familydatabase.htm>, 15.10.2013]
- Oláh, Livia Sz.* 2003: Gendering fertility: Second births in Sweden and Hungary. In: Population Research and Policy Review 22,2: 171-200 [doi: 10.1023/A:1025089031871].

- Orloff, Ann Shola* 1993: Gender and the Social Rights of Citizenship: The Comparative Analysis of Gender Relations and Welfare States. In: *American Sociological Review* 58,3: 303-328 [doi: 10.2307/2095903].
- Ostner, Ilona* 1995: Arm ohne Ehemann? Sozialpolitische Regulierung von Lebenschancen für Frauen im internationalen Vergleich. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 36/37: 3-12.
- Pfau-Effinger, Birgit* 2004: Development of culture, welfare states and women's employment in Europe. Aldershot: Ashgate.
- Pfau-Effinger, Birgit* 2005: Welfare state policies and the development of care arrangements. In: *European Societies* 7,2: 321-347 [doi: 10.1080/14616690500083592].
- Prskawetz, Alexia; Zagaglia, Barbara* 2005: Second Births in Austria. In: *Vienna Yearbook of Population Research* 2005: 143-170 [doi: 10.1553/populationyearbook2005s143].
- Rindfuss, Ronald R.; Brewster, Karin L.* 1996: Childrearing and Fertility. In: *Population and Development Review* 22: 258-289 [doi: 10.2307/2808014].
- Rindfuss, Ronald R.; Guzzo, Karen Benjamin; Morgan, S. Philip* 2003: The changing institutional context of low fertility. In: *Population Research and Policy Review* 22,5-6: 411-438 [doi: 10.1023/B:POPU.0000020877.96401.b3].
- Rindfuss, Ronald R.; Guilkey, David K.; Morgan, S. Philip; Kravdal, Øystein* 2010: Child-Care Availability and Fertility in Norway. In: *Population and Development Review* 36,4: 725-748 [doi: 10.1111/j.1728-4457.2010.00355.x].
- Rondinelli, Concetta; Aassve, Arnstein; Billari, Francesco C.* 2010: Women's wages and childbearing decisions: Evidence from Italy. In: *Demographic Research* 22: 549-578 [doi: 10.4054/DemRes.2010.22.19].
- Rønsen, Marit* 2004: Fertility and Public Policies – Evidence from Norway and Finland. In: *Demographic Research* 10,6: 143-170 [doi: 10.4054/DemRes.2004.10.6].
- Sainsbury, Diane* 1994: *Gendering Welfare States*. London: Sage. [doi: 10.4135/9781446250518].
- Sainsbury, Diane* 1999: Taxation, Family Responsibilities, and Employment. In: *Sainsbury, Diane* (Hrsg.): *Gender and Welfare State Regimes*. Oxford: Oxford University Press [doi: 10.1093/0198294166.003.0007].
- Steiber, Nadia; Haas, Barbara* 2009: Ideals or compromises? The attitude-behaviour relationship in mothers' employment. In: *Socio-Economic Review* 7,4: 639-668 [doi: 10.1093/ser/mwp015].
- Tanturri, Maria Letizia; Mencarini, Letizia* 2008: Childless or Childfree? Paths to Voluntary Childlessness in Italy. In: *Population and Development Review* 34,1: 51-77 [doi: 10.1111/j.1728-4457.2008.00205.x].
- Thévenon, Olivier* 2011: Family Policies in OECD Countries: A Comparative Analysis. In: *Population and Development Review* 37,1: 57-87 [doi: 10.1111/j.1728-4457.2011.00390.x].
- Torr, Berna Miller; Short, Susan E.* 2004: Second Births and the Second Shift: A Research Note on Gender Equity and Fertility. In: *Population and Development Review* 30,1: 109-130 [doi: 10.1111/j.1728-4457.2004.00005.x].
- UN (United Nations)* 2010: *World Population Policies 2009*. New York: United Nations Department of Economic and Social Affairs/Population Division.
- Uunk, Wilfred; Kalmijn, Matthijs; Muffels, Ruud* 2005: The Impact of Young Children on Women's Labour Supply. A Reassessment of Institutional Effects in Europe. In: *Acta Sociologica* 48,1: 41-62 [doi: 10.1177/0001699305050986].

- Välimäki, Anna-Leena; Rauhala, Pirkko-Liisa* 2000: Lasten päivähoiton taipuminen yhteiskunnallisiin murroksiin Suomessa. In: *Yhteiskuntapolitiikka* 65,5: 387-405.
- van de Kaa, Dirk J.* 1987: Europe's Second Demographic Transition. In: *Population Bulletin* 42,1: 1-57.
- van de Kaa, Dirk J.* 2001: Postmodern Fertility Preferences: From Changing Value Orientation to New Behavior. In: *Population and Development Review* 27: 290-331.
- van de Kaa, Dirk J.* 2002: The Idea of a Second Demographic Transition in Industrialized Countries. Paper presented at the Sixth Welfare Policy Seminar of the National Institute of Population and Social Security. Tokyo, Japan, 29 January 2002.
- Vikat, Andres* 2004: Women's Labor Force Attachment and Childbearing in Finland. In: *Demographic Research, Special Collection* 3;8: 177-212 [doi: 10.4054/DemRes.2004.S3.8]:
- Vitali, Agnese; Billari, Francesco C.; Prskawetz, Alexia; Testa, Maria Rita* 2009: Preference Theory and Low Fertility: A Comparative Perspective. In: *European Journal of Population* 25,4: 413-438 [doi: 10.1007/s10680-009-9178-x].
- Voas, David* 2003: Conflicting Preferences: A Reason Fertility Tends to Be Too High or Too Low. In: *Population and Development Review* 29,4: 627-646 [doi: 10.1111/j.1728-4457.2003.00627.x].
- Wall, Karin* 2007: Main Patterns in Attitudes to the Articulation Between Work and Family Life: A Cross-National Analysis. In: *Crompton, Rosemary; Lewis, Suzan; Lyonette, Clare* (Hrsg.): *Women, Men, Work and Family in Europe*. Palgrave Macmillan.
- Westoff, Charles F.; Marshall, Emily A.* 2010: Hispanic Fertility, Religion and Religiousness in the U.S. In: *Population Research and Policy Review* 29,4: 441-452 [doi: 10.1007/s11113-009-9156-3].
- Willis, Robert J.* 1973: A New Approach to the Economic Theory of Fertility Behavior. In: *Journal of Political Economy* 81,2: 14-64 [doi: 10.1086/260152].
- Woods, Dorian R.* 2006: Focusing on Care: Family Policy and Problems of Analysis. WiP Working Paper Series, paper number 30. Institute of Political Science. University of Tübingen.

Übersetzung des Originaltextes durch das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, nur zur Information. Der begutachtete und von der Autorin autorisierte englische Originalbeitrag ist unter dem Titel „Fertility, Family Policy and Welfare Regimes“, DOI 10.12765/CPoS-2013-18en bzw. URN urn:nbn:de:bib-cpos-2013-18en0, auf <http://www.comparativepopulationstudies.de> verfügbar.

Eingegangen am: 19.11.2011

Angenommen am: 19.11.2012

Elina Schleutker (✉). Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, Seminar für Wissenschaftliche Politik, Freiburg, Deutschland. E-Mail: elina.schleutker@politik.uni-freiburg.de, URL: http://portal.uni-freiburg.de/politik/professuren/vergleichende-regierungslehre/mitarbeiter/schleutker-elina?set_language=de

Comparative Population Studies

www.comparativepopulationstudies.de

ISSN: 1869-8980 (Print) – 1869-8999 (Internet)

Published by / Herausgegeben von

Prof. Dr. Norbert F. Schneider

Federal Institute for Population Research
D-65180 Wiesbaden / Germany

Managing Editor /

Verantwortlicher Redakteur

Frank Swiaczny

Assistant Managing Editor /

Stellvertretende Redakteurin

Katrin Schiefer

Language & Copy Editor (English) /

Lektorat & Übersetzungen (englisch)

Amelie Franke

Copy Editor (German) /

Lektorat (deutsch)

Dr. Evelyn Grünheid

Layout / Satz

Beatriz Feiler-Fuchs

E-mail: cpos@bib.bund.de

Scientific Advisory Board /

Wissenschaftlicher Beirat

Paul Gans (Mannheim)

Johannes Huinink (Bremen)

Michaela Kreyenfeld (Berlin)

Marc Luy (Wien)

Clara H. Mulder (Groningen)

Notburga Ott (Bochum)

Peter Preisendörfer (Mainz)

Zsolt Spéder (Budapest)

Board of Reviewers / Gutachterbeirat

Martin Abraham (Erlangen)

Laura Bernardi (Lausanne)

Hansjörg Bucher (Bonn)

Claudia Diehl (Konstanz)

Andreas Diekmann (Zürich)

Gabriele Doblhammer-Reiter (Rostock)

E.-Jürgen Flöthmann (Bielefeld)

Alexia Fürnkranz-Prskawetz (Wien)

Beat Fux (Zürich)

Joshua Goldstein (Rostock)

Karsten Hank (Köln)

Sonja Haug (Regensburg)

Aart C. Liefbroer (Den Haag)

Kurt Lüscher (Konstanz)

Dimiter Philipov (Wien)

Tomáš Sobotka (Wien)

Heike Trappe (Rostock)